



Österreichische KommunistInnen im Exil in den USA

SIMON LOIDL

Das Exil österreichischer KommunistInnen¹ in den USA weist gegenüber der kommunistischen Exil-Geschichte in anderen Ländern einige Besonderheiten auf, welche in den spezifischen Bedingungen zu suchen sind, die die USA als Exilland auszeichnen. Die USA als traditionelle Immigrationgesellschaft entwickelte zu Beginn des 20. Jahrhunderts Restriktionsmechanismen, welche vor allem politisch und sozial Unerwünschten die Einwanderung erschweren sollte. Relevant waren aber vor allem die nach Herkunft der Einwanderungswilligen differenzierten Länderquoten², welche auch während des Zweiten Weltkrieges beibehalten wurden und zahlreichen vor dem NS-Regime Flüchtenden die Einreise verunmöglichte.³

Die Gegnerschaft zur NS-Diktatur und die damit einhergehende Hilfsbereitschaft den Opfern gegenüber hatte hingegen während der 1940er Jahre eine verhältnismäßig lockere Handhabung der politischen Restriktionen der Migrationsgesetze zur Folge, von welcher kommunistische EmigrantInnen insofern profitierten, als ihre politischen Aktivitäten zwar – wie aus den Quellen ersichtlich⁴ – den Behörden relativ gut bekannt waren, jedoch faktisch nicht geahndet wurden; dies sollte sich allerdings gegen Ende des Krieges allmählich und mit dem Beginn des Kalten Krieges abrupt ändern.

Das politische österreichische Exil in den USA bestand aus VertreterInnen fast aller politischen Lager – Legitimisten, Bürgerliche, SozialistInnen, KommunistInnen. Zu keinem Zeitpunkt gelang es, eine breite Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppen herzustellen, wie dies in anderen Exilländern zumindest zeitweise der Fall war. Nichtsdestotrotz gab es zahlreiche Aktivitäten, Publikationen – ab 1941 erschienen rund 25 österreichische Exil-Zeitschriften in den USA⁵ –, Organisationen und auch Bestrebungen, nicht nur eine teilweise Verständigung

zwischen den politischen Lagern, sondern auch eine österreichische Exilregierung zustande zu bringen.

Standort innerhalb des US-Exils

In die USA immigrierte KommunistInnen hatten aufgrund der spezifischen Bestimmungen der Immigrationgesetzgebung eine quasi-illegalen Status, der zusammen mit den Aktivitäten des HCUA⁶ die Ursache dafür war, dass ein offenes Auftreten als KommunistInnen unmöglich waren. Dies bestimmte das gesamte Verhalten und die politische Taktik in die USA emigrierter KommunistInnen und erschwerte nicht zuletzt auch die politisch-organisatorische Kooperation mit VertreterInnen anderer politischer Gruppierungen.

Vor allem im Vergleich zu österreichischen kommunistischen Exilgruppen in anderen Ländern lassen sich einige grundlegende Unterschiede in der politischen Arbeitsweise und insbesondere in der Bündnispolitik feststellen; dies betraf beispielsweise das Verhältnis zu den Legitimisten, welche in den USA heftig kritisiert wurden, wohingegen es in Großbritannien gemeinsame organisatorische Betätigungen gab. Das legitimistisch-monarchistische Lager stellte in den USA einen bedeutenden Faktor innerhalb der österreichischen Emigration dar und verfügte mit Otto Habsburg, Hans Rott u.a. über ihre prominentesten Vertreter in den USA, während die KommunistInnen eine zahlenmäßig kleine Gruppe darstellten.

Dennoch gelang es österreichischen KommunistInnen im Laufe der Jahre, in einigen Bereichen tonangebend zu wirken, und in der Zusammenarbeit vor allem mit den VertreterInnen der um Ferdinand Czernin gruppierten liberal-konservativen Emigration – eine Kooperation, welche vor allem die gemeinsame Ablehnung sozialdemokratischer Nachkriegskonzeptionen und habsburgischer Ansprüche als Grundlage hatte – an eini-

gen wichtigen Projekten des österreichischen politischen US-Exils teilzuhaben. Einer dieser Bereiche war die Jugendarbeit, welche von anderen Gruppen vernachlässigt wurde. Die von Vera Ponger und Kurt Ponger geleitete Jugendgruppe war zwischen November 1940 bis nach dem Krieg unter verschiedenen Bezeichnungen (*Free Austrian Youth Committee, Free Austrian Youth, Free Austrian Youth Group, Austro-American Youth* und *Austro-American Youth Council*) tätig und zählte mehrere hundert Mitglieder.⁷

Obwohl die österreichischen KommunistInnen in den USA nicht als offizielle VertreterInnen der KPÖ auftreten konnten, gab es dennoch minimale Parteistrukturen. In den ersten Jahren der US-Emigration war Leo Katz der Leiter der Parteigruppe, bis er sich zum Verlassen der USA gezwungen sah. Katz legte zusammen mit einigen anderen zu diesem Zeitpunkt bereits in die USA Immigrierten den Grundstein für die politischen Aktivitäten österreichischer KommunistInnen in den USA.⁸ 1940 sah sich Katz jedoch aufgrund seiner politischen Aktivitäten gezwungen, die USA zu verlassen; die Notwendigkeit hierzu ergab sich aus der versuchten Umwandlung des Besuchervisums in ein Einreisevisum als Bedingung, um legal arbeiten zu können; dieses Procedere brachte Nachforschungen über Katz' Aktivitäten während der vergangenen Jahre mit sich, und da ihm hierfür Gefängnisstrafen gedroht hätten, zog Leo Katz es vor, zusammen mit seiner Familie nach Mexiko weiterzuemigrieren.⁹ Sein Nachfolger als Leiter der Gruppe wurde Wilhelm Gründorfer, welcher diese Funktion bis 1945 innehatte.¹⁰

Die Parteileitung und die zentralen FunktionärInnen waren in New York tätig, es gab aber auch Gruppen in anderen Städten in den USA; von einer Gruppe in Boston beispielsweise berichtet Theodor Waldinger.¹¹ Zum Teil schien es sich dabei um relativ lose Zusammenschlüsse ge-

handelt zu haben, die erst mit der Gründung der *Austro American Association*¹² einen organisatorischen Rahmen erhielten: „[...] unsere innerparteiliche Gruppe war schon früher organisiert. Wir sind in der Luft geschwebt natürlich und haben nur Österreich-Gruppen gehabt [...]“¹³

Über die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen KommunistInnen gibt es unterschiedliche Hinweise, grundsätzlich war die Kooperation aufgrund der spezifischen Aufgaben der EmigrantInnen sowie der Entwicklung der CPUSA unter ihrem Vorsitzenden Earl Browder in diesen Jahren jedoch eher schwierig. Erst nach 1945 scheinen einige ÖsterreicherInnen, welche nicht nach Europa zurückkehren wollten, und nachdem selbst der minimale organisatorische Rahmen der österreichischen KommunistInnen sich auflöste, den Weg in die CPUSA gefunden zu haben. Waldinger berichtet in diesem Zusammenhang von einer offiziellen Weisung der New Yorker Leitung: „[...] dann hat sich das nach dem Kriegsende aufgelöst und haben die maßgebenden Parteistellen in New York gesagt: ‚Österreicher, Exilösterreicher kommt in die amerikanische Partei, wenn ihr nicht zurückgeht nach Österreich‘.“¹⁴

Relativ geringe Kontakte gab es zwischen den österreichischen KommunistInnen in den USA und KPÖ-Gruppen in anderen Ländern, und auch ein Austausch mit der Parteileitung in der Sowjetunion fand nicht statt: „Für uns gab es eine zentrale Stelle, mit der wir keinen Kontakt hatten. Das war die Führung der österreichischen Partei in der Sowjetunion.“¹⁵ Dieselbe Situation beschreibt Gründorfer auch hinsichtlich des Austausches mit KPÖ-Gruppen in anderen Ländern, etwa der nach Moskau zweitwichtigsten in London, zu welcher die ÖsterreicherInnen in den USA ebenfalls „keinen organisatorischen Kontakt [hatten]“, wenn auch gewisse Informationsflüsse vorhanden waren: „Wir erhielten zwar den *Zeitspiegel* aus London und wir haben natürlich von dieser Organisation gewusst, aber wir hatten mit ihnen weder einen organisatorischen noch einen persönlichen Kontakt.“¹⁶

Verhältnis zur Sozialdemokratie

Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zwischen österreichischen KommunistInnen und sozialdemokratischen Exilorganisationen¹⁷, welches – wie in allen Ländern des österreichischen Exils – während der gesamten Exilzeit von Dif-

ferenzen geprägt war: „[...] es gab also praktisch überhaupt keine Kontakte und keine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.“¹⁸ Hauptursache für diese Differenzen waren wie in anderen Exil-Ländern die divergierenden Vorstellungen über das Ziel des antifaschistischen Kampfes, also der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der von den österreichischen KommunistInnen angestrebten Wiederherstellung einer eigenständigen österreichischen Republik und der sozialdemokratischen, bis zur Moskauer Deklaration aufrecht erhaltenen Konzeption einer gesamtdeutschen Revolution als Ziel des Kampfes gegen den Faschismus.

Diese unterschiedlichen Ziele wurden in den USA allerdings nicht besonders ausführlich diskutiert, vielmehr ignorierten sich kommunistische und sozialdemokratische EmigrantInnen lange Zeit. Dies hat zur Folge, dass einige Zeitzeugen sich an die Existenz österreichischer sozialdemokratischer Organisationen in den USA nicht erinnern bzw. diesen lediglich eine marginale Rolle zuschreiben: „[...] sie sind auch kaum aufgetreten. Vielleicht gab es irgendwo, da oder dort, solche Auftritte, aber das war dann so, dass man davon nichts gewusst hat.“¹⁹ Und wo es doch Kontakte gab, konnte man sich auf keine gemeinsamen Aktivitäten einigen: „Man könnte in einigen Fragen [...] mit Leuten, die viel weiter rechts gestanden sind, eine Zusammenarbeit machen – aber hier (mit den Sozialdemokraten) gab es überhaupt keine gemeinsame Basis.“²⁰

Diese Ablehnung war beiderseitig, wobei für SozialdemokratInnen neben den ideologischen Differenzen auch pragmatische Überlegungen eine Zusammenarbeit mit KommunistInnen nicht geboten erscheinen ließen, da diese ja im Visier der Behörden standen. So wurde offiziellen Stellen gegenüber von führenden SozialdemokratInnen stets die Distanz zu den KommunistInnen beteuert: „General Julius Deutsch spoke with Mr. Poole²¹ and Mr. Heckscher²² in Mr. Poole’s office this afternoon. [...] As a Social Democrat, he had always been opposed to Communism, and he was unwilling to acknowledge any recent Communist gains in Austria.“²³ Aus denselben Dokumenten geht aber auch hervor, dass dieses Nicht-Verhältnis nicht so lückellos gewesen ist. Während nämlich Julius Deutsch seine Ablehnung der KommunistInnen wiederholt bekräftigt, pflog Maria Deutsch gute Kontakte zum kommunistischen Exil²⁴, und das blieb auch den Behörden nicht verborgen: „It seems that

Mrs. (Maria) Deutsch has contacts with Communist circles but it is seemingly evident that Deutsch himself is definitely anti-Communist. He gives the impression as if he ignored his wife’s ties to the Communists, but both are proceeding on a pre-arranged mutual agreement in this question (in this writer’s opinion.) [...] P.“²⁵ Maria Deutsch fungierte vor allem gegen Ende des Krieges, als das Haupthindernis der Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Exilgruppen – die Infragestellung eines selbständigen Österreich durch die Sozialdemokratie – quasi nicht mehr vorhanden war, als Bündnisfunktionärin und trat beispielsweise auf nicht-sozialdemokratischen Veranstaltungen als Rednerin auf.

Freiheit für Österreich und Austro American Tribune

Die 1941 gegründete *Austrian Action* Ferdinand Czernins brachte eine neue Konstellation ins österreichische Exil in den USA. Czernin strebte eine breite Zusammenarbeit auch mit linken Kräften an und 1941 begannen mit dem Beitritt von Vera Ponger, James Herzig und Kurt Ponger zur *Austrian Action* erste organisatorische Berührungen.²⁶ Da vor allem Vera und Kurt Ponger durch ihre Aktivitäten bereits innerhalb des österreichischen Exils bekannt waren, schlug Czernin von konservativer und monarchistischer Seite heftige Kritik entgegen.²⁷ Doch die Kooperation vertiefte sich: in gemeinsamer Ablehnung monarchistischer Aktionen – allen voran des „*Austrian Battalions*“²⁸ – schlossen sich 1943 die *Austrian Action* und das von Alois Engländer geleitete *Assembly for a Democratic Austrian Republic* mit den kommunistisch dominierten Organisationen *Free Austrian Youth Committee* und *Austrian Youth Assembly* zur *American Federation of Austrian Democrats* zusammen und gaben die *Freiheit für Österreich* (FFÖ), Vorläufer der *Austro-American Tribune* (AAT) heraus.²⁹

Obwohl die Zeitung aufgrund der Beteiligung unterschiedlicher Organisationen überparteilichen Charakter hatte, stand sie bald in dem Ruf, ein Organ der österreichischen KommunistInnen zu sein. In einem OSS-Memorandum wird die Linie der AAT als „strongly nationalist, anti-monarchist, pro-Russian, pro-Czechoslovak“³⁰, sowie die Herausgeberorganisationen als „plainly influenced by fellow-travelers and Communists“³¹ charakterisiert, wenn auch gleichzeitig auf den Umstand hingewiesen wird, dass prominente Nicht-Kom-



munistInnen in der Zeitung publizierten: „Like all periodicals of its kind, the ‚Tribune‘ makes a point of printing articles and contributions by prominent writers of non-Communist character.“³² In einem anderen OSS-Bericht wiederum wird die AAT als „Communist sponsored monthly“³³ bezeichnet.

Inhaltlich standen nicht-tagesaktuelle Themen im Vordergrund. Dies lag zum einen an der monatlichen Erscheinungsweise und an den beschränkten Mitteln, welche der Redaktion zur Verfügung standen, war aber auch in der inhaltlichen Ausrichtung der Zeitung begründet, welche einen Beitrag zur Schaffung eines Österreichbewusstseins sowohl bei den in die USA emigrierten ÖsterreicherInnen, als auch bei den Einheimischen forcieren wollte, weshalb „die Nichtanerkennung des Anschlusses seitens der USA, die Bildung eines österreichischen Nationalausschusses, die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen, sowie die Bekämpfung der monarchistischen Legion im Vordergrund der Berichterstattung“³⁴ standen. Hervorzuheben ist die von Vera Ponger redigierte Jugendbeilage der FFÖ, welche sich rasch zu einem eigenständigen Teil der Zeitung entwickelte und der *Austro-American Youth* als Sprachrohr diente.

Die Namensänderung der FFÖ in *Austro-American Tribune* erfolgte im Juli 1943 und im Impressum der Ausgabe vom April 1944 findet sich erstmals William Green³⁵ als Editor. Gründerfer hatte diese Position bis 1946 inne; erst nachdem klar war, dass seinem Rückkehrantrag stattgegeben würde und er die USA würde verlassen können, beendete er seine Redaktionstätigkeit.³⁶

FFÖ und AAT standen AutorInnen der unterschiedlichsten politischen Lager offen: „Wir haben dann später [...] praktisch alle die Leute, die in irgendeiner Form im kulturellen Leben gestanden sind und nicht ausgesprochen reaktionär waren, (in unserem Umfeld ge-

habt); sie haben entweder mitgearbeitet, durch Beiträge oder sind Sympathisanten gewesen.“³⁷

Diese konzeptionelle Offenheit der AAT resultiert aus der Konzeption einer antifaschistischen Zeitung, zu deren wichtigsten Aufgaben die Weiterführung einer österreichischen Kulturtradition zählte; dies wurde unabhängig von einer näheren inhaltlichen Bestimmung dieser Kulturtradition als wichtiges Element des ideologischen Kampfes gegen den Nationalsozialismus gesehen, da dieser grundsätzlich jegliche Kultur zu vernichten angetreten sei: „Diese Kultur zu retten ist nicht nur unsere Pflicht unserer neuen Heimat gegenüber, sondern auch ein Schlag gegen den Nazismus. Wir wissen dass der Faschismus nicht Halt macht bei der Pluenderung und Ermordung Einzelner, bei der Unterdrueckung und Entrechtung der kleinen Voelker, sondern dass jedwede Kultur und Zivilisation sterben muss, damit seine Herrschaft gesichert sei.“³⁸

Gründerfer spricht diesen Zusammenhang auch auf einer Rede anlässlich des sechsten Jahrestags des „Anschlusses“ an: „As Austro-Americans, we regard it our duty to preserve Austrian culture which the Germans have tried to destroy, and give it its rightful place.“³⁹ Auch hier folgt keine nähere inhaltliche Bestimmung des Begriffes einer „österreichischen Kultur“, diese wird – durchaus den Auseinandersetzungen Alfred Klahrs folgend⁴⁰ – als ein Kennzeichen einer eigenständigen österreichischen Nation charakterisiert: „Countering the racial theories of Nazism, according to which nations are determined by their common language, it is of decisive importance to maintain an independent Austrian culture.“⁴¹

Die relative Breite in der politischen Ausrichtung der Zeitung ist natürlich der Tatsache geschuldet, dass die FFÖ/AAT vom *Assembly for a Democratic Austrian Republic* herausgegeben wurde, dem

– wie oben beschriebenen – Zusammenschluss konservativer und kommunistisch dominierter Exilorganisationen. Es wäre somit falsch, die FFÖ/AAT als „kommunistische Zeitung“ einzustufen, wenngleich KommunistInnen nicht nur von Beginn an maßgeblich an der Produktion beteiligt waren, sondern darüber hinaus im Laufe der Jahre – beispielsweise in Person des Herausgebers Wilhelm Gründerfer – bestimmend die Zeitung gestalteten. Es erscheint aber auch verfehlt, die FFÖ/AAT als Organ der liberal-konservativen, nicht-monarchistischen Emigration darzustellen, an welcher eher zufällig KommunistInnen beteiligt gewesen wären, wie dies in der Literatur zum Teil angedeutet wird.⁴²

Der Gründung der von Elisabeth Freundlich redaktionell betreuten Literaturbeilage, die ab Herbst 1943 erschien, waren Gespräche mit Vertretern der deutschen literarischen Emigration – unter anderem war Bertolt Brecht an diesen Treffen beteiligt – vorangegangen, in denen die Gründung einer deutschsprachigen Literaturzeitschrift erörtert worden war, bei welcher ÖsterreicherInnen und Deutsche mitarbeiten sollten. Da diese Überlegungen der Gründung der AAT-Literaturbeilage unmittelbar vorausgingen, ist anzunehmen, dass konzeptionelle Überlegungen des nicht zustande gekommenen Projektes in Freundlichs Arbeit einfließen.

Das Nichtzustandekommen einer gesamtdeutschen Zeitung sieht Gründerfer vor allem als Ausdruck der spezifischen Aufgaben, welche sich die Redaktion der FFÖ/AAT gestellt hatte, da „[wir] die Aufgabe, die wir uns gestellt hatten – oder sagen wir so, die wir von der Geschichte aus für uns gestellt sahen – wir damit nicht erfüllen konnten. Man hätte kulturell mehr gemacht, man hätte sich sicher an wesentlich mehr Leute wenden können, aber das war unter einer anderen Perspektive und das haben wir abgelehnt.“⁴³ An anderer Stelle verweist Gründerfer zum selben Problem, dass eine solche Konzeption einen ganz zentralen Punkt des Zeitungskonzepts vollkommen umgestoßen hätte: „Wären wir darauf eingegangen [auf die Vorschläge Brechts, Anm.], dann wäre die *Austro American Tribune* keine *Austro American Tribune* geworden. Wir mussten darauf verzichten, diesen Weg zu gehen, was uns nicht leicht gefallen ist; aber es blieb uns nichts anderes übrig, da wir eine österreichische Zeitung gestalten wollten.“⁴⁴

Die Beilage entwickelte sich zu einer angesehenen Kulturzeitung, in welcher

MASSENKUNDGEBUNG
 DONNERSTAG 8.30 P. M.
11. MAERZ
 ZUM
 funften Jahrestage der Besetzung Oesterreichs im
 RAINBOW ROOM, HOTEL CAPITOL
 CORNER 8th AVENUE AND 51st STREET

Weder Hitler noch Habsburg

VORSITZENDE:
WILHELM ELLENBOGEN
 (AMERICAN LABOR COMMITTEE)
RUDOLF SINGER
 (AMERICAN FEDERATION OF AUSTRIAN DEMOCRATS)

REDNER:
 Congressman **EMANUEL CELLER**
JULIUS DEUTSCH
 Für AUSTRIAN LABOR COMMITTEE
FREDA KIRCHWAY
 EDITOR, NATION
FERDINAND CZERNIN
 Für AMERICAN FEDERATION OF AUSTRIAN DEMOCRATS
WILLIAM AGAR
 PRESIDENT OF FREEDOM HOUSE

WERBET FUER MASSEN BESUCH

ERSCHEINT VOLLZAEHLIG EINTRITT 25c INCL. STEUER

Vorverkauf: AMERICAN FEDERATION OF AUSTRIAN DEMOCRATS
 1819 Broadway, Room 1103 Telephone CO 5-7381

im Laufe der Jahre namhafte SchriftstellerInnen publizierten⁴⁵ und deren Ruf weit über den Rahmen der vormaligen AAT-LeserInnen hinaus das Ansehen der AAT steigerte.⁴⁶ Gründorfer resümiert dieses kulturpolitische Engagement der AAT als jene Leistung, „die die Zeitung zu dem gemacht hat, wofür sie 1945 vielfach geschätzt wurde.“⁴⁷

Gegen Ende des Krieges kam es noch einmal zu einem kleinen Aufschwung durch die im April 1944 vom War Department erlaubte Verbreitung der AAT in Kriegsgefangenenlagern. Es folgte eine entsprechende Kampagne und zahlreiche regelmäßige Leser konnten auf diese Weise gewonnen werden.⁴⁸ Allerdings gibt es auch Berichte, welcher dieser Aktion nur einen mäßigen Erfolg zusprechen. Kriegsgefangene berichteten, dass die Verbreitung der Zeitung – trotz offizieller Erlaubnis durch die Behörden – deshalb schwierig gewesen sei, weil „die Lagerführung, die nur aus Nazi bestand, auch die amerikanische Lagerführung beeinflussen konnte und so den Bezug der ‚A.A.T.‘ verhinderte [...]“.⁴⁹

Da mit dem Ende des Krieges auch das zentrale Thema der AAT – der Kampf für die Befreiung vom Faschismus – beseitigt war, veränderten sich die Umstände der Produktion; vor allem die Einheitlichkeit der Ziele, welche die an der Produktion Beteiligten anstrebten, ging rasch verloren: „Es fehlte bald an Elan und Überzeugung, und die Interessen waren schon sehr zersplittert.“⁵⁰ Gründorfer arbeitete während der letzten Jah-

re des Bestehens der AAT – die Zeitung erschien bis August 1948, bis 1949 gab es noch eine Nachfolgezeitung, die *Forum and Tribune* – nicht mehr mit, womit auch der maßgebliche kommunistische Einfluss verloren ging: „Ich hatte mich jedoch schon 1946 aus der Zeitung zurückgezogen, weil ich erwartet hatte, so in zwei, drei Tagen wegfahren zu können. Die Tage haben sich halt gezogen.“⁵¹ Deshalb kann ich also über

die letzten Jahre des Blattes keine Auskunft geben.“⁵²

Von der nach 1945 endgültig in der Vordergrund tretenden antikommunistischen Außen- wie Innenpolitik der USA und den damit einhergehenden strafrechtlichen Verfolgungen tatsächlicher oder vermeintlicher KommunistInnen war auch die AAT betroffen, deren Herausgeber 1948 vor das HCUA vorgeladen wurden.⁵³ Diese politischen Schikanen und Repressionen trugen schließlich auch zum endgültigen Ende der AAT bei.

Repressionen und Remigration

Ab 1948 häuften sich die Vorladungen österreichischer KommunistInnen vor das HCUA. Nicht selten hing es lediglich von Zufällen ab, ob jemand von den Repressionen direkt betroffen war oder nicht: „Und da hab ich auch Glück gehabt, dass ich gerade während der McCarthy⁵⁴-Periode in einer Sitzung, wo ein gewisser Filbring war, der ein FBI-Spitzel war, nicht dabei gewesen bin. Alle anderen sind aufgefliegen. Was ihnen passiert ist, ist, dass sie ihre Stellen verloren haben, einer war Mittelschulprofessor, einer war Hochschulprofessor, andere waren Privatbeamte, die sind sofort entlassen worden.“⁵⁵

Otto Langer war 1948 vor den Ausschuss geladen worden und wurde, da er sich weigerte, entsprechende Aussagen zu machen, verurteilt. Dies führte zu einer eiligen Rückkehr nach Österreich, durch welche Langer einer Gefängnisstrafe entging, die aber auch ein abruptes

Ende seiner Tätigkeit als Funktionär der maßgeblich durch seine Initiative gegründeten Filmangestelltengewerkschaft mit sich brachte.⁵⁶

Ein Sonderfall in Zusammenhang mit Repressionen gegen österreichische KommunistInnen durch die US-Behörden sind sicherlich die Verhaftungen Kurt Pongers und Otto Verbers.⁵⁷ Ponger und Verber waren beide für das OSS tätig gewesen und hatten beispielsweise Informationen über die Lage in den Konzentrationslagern gesammelt, nach 1945 waren sie an Vernehmungen in Zusammenhang mit der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse beteiligt.⁵⁸ 1953 wurden beide in Wien verhaftet und in die USA geflogen, wo sie wegen Spionage für die Sowjetunion angeklagt wurden; die Verhaftungen waren nicht nur aufgrund der Tatsache spektakulär, dass zurückgekehrte Österreicher in die USA verhaftet wurden, sondern scheinen auch entsprechend inszeniert worden zu sein: „Das Haus wurde umstellt, [...] wie in einem schlechten Krimi... ‚Raise your hand and don't move‘. Und ab ins Flugzeug und ab nach Amerika.“⁵⁹ Ponger und Verber wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt und kamen erst Anfang der 1960er Jahre nach Österreich zurück.

Die Tatsache, dass viele ZeitzeugInnen ungefragt von diesem Ereignis berichten⁶⁰, zeigt, dass der Vorfall ein einschneidendes Erlebnis war; dies sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil die Verhaftung deutlich macht, wie prekär die Situation in die USA emigrierter KommunistInnen zu jedem Zeitpunkt war.

Anmerkungen:

1/ Der Grund, warum vorrangig von „KommunistInnen“ und nicht von der KPÖ die Rede ist, liegt daran, dass nicht wenige Personen, welche in den USA Mitglieder in von österreichischen KommunistInnen geleiteten Organisationen waren, in Österreich Mitglieder sozialdemokratischer oder anderer Organisationen gewesen waren oder noch zu jung, um politisch organisiert gewesen zu sein. Erst die Erfahrung und Bekanntschaft mit österreichischen KommunistInnen in den USA führte zu einer Annäherung und nicht selten zu einer offiziellen KPÖ-Mitgliedschaft nach 1945. Darüberhinaus sind die Informationen über die unmittelbaren Parteitaktivitäten – also die Organisation einer tatsächlichen KPÖ-Struktur in den USA, Aufnahme neuer Mitglieder, Kontakt zur Parteiführung und anderen KPÖ-Exilgruppen – relativ gering, weil viele ZeitzeugInnen aufgrund der Situation der Illegalität, in welcher sich kommunistischen ImmigrantInnen befanden, sich noch in den 1990er Jahren nicht legitimiert fühlten, allzu de-

taillierte Informationen über Strukturen und beteiligte Personen preiszugeben.

2/ Hinsichtlich Zahlenangaben österreichische USA-Exillierte betreffend muss hier auf die mangelnde Unterscheidung zwischen ÖsterreicherInnen und Deutschen durch die Behörden verwiesen werden, was abweichende Angaben in der Literatur zur Folge hatte. Allgemein geht man nunmehr aber von mehr als 30.000 ÖsterreicherInnen aus, welche vor dem NS-Regime in die USA flohen, „von denen mehr als 80 Prozent ihrer Religion oder der Herkunft nach jüdisch waren.“ (Eppel, 1987, S. 180)

3/ Trotz dieser Restriktionen, welche vielen zur Flucht entschlossenen das Leben kostete, muss festgehalten werden, dass die USA das größte Exilland waren, in welches sich allein über 130.000 jüdische Flüchtlinge retten konnten.

4/ Aus den Akten des US-Geheimdienstes *Center of Information* (COI) bzw. ab 1942 des *Office of Strategic Services* (OSS) lässt sich die Durchleuchtung der politischen Emigration relativ genau nachvollziehen.

5/ Vgl. Eppel (1987), S. 187

6/ Für diese ursprünglich zur Verfolgung US-amerikanischer Nazis gegründete Institution gibt es divergierende Bezeichnungen. Anfangs hieß es (House) *Special Committee on Un-American Activities*, „better known as the Dies committee after its chairman, Representative Martin Dies“, Klehr/Haynes/Firsov (1995), S. 156. Ab Mitte der 1940er Jahre wurde das Komitee als *House Committee on Un-American Activities* (HCUA) bezeichnet, in der Literatur ist häufig auch die Bezeichnung *House Un-American Activities Committee* (HUAC) zu finden; umgangssprachlich bürgerte sich die Bezeichnung „McCarthy-Komitee“ ein, nach Joseph McCarthy, welcher das Komitee ab 1950 leitete und dessen antikommunistische Aktivitäten bis zur Auflösung des Komitees zum Höhepunkt führte.

7/ Vgl. DÖW, USA/Bd. 2 (1995), S. 641

8/ Vgl. Mörl (1996), S. 24 und DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145, Teil V, 21.5.1984 (Gründorfer), S. 16

9/ Vgl. Mörl (1996), S. 25

10/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145, Teil V, 21.5.1984 (Gründorfer), S. 16

11/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 677, 23.8.1989 (Waldinger), S. 76f.

12/ Neben der *Austro American Association* tauchen auch immer wieder andere Organisationsnamen auf, welche jedoch zum Teil nur kurzzeitig aktiv waren und im Allgemeinen von demselben Personenkreis initiiert wurden: „An Organisationen, die der Freien Österreichischen Jugend und der ‚Austro American Tribune‘ nahestanden, vom OSS als kommunistische Tarnorganisationen bezeichnet wurden und weitgehend von denselben Leuten an denselben Adressen geleitet wurden, sind das *Austro-American Committee*, der *Austrian Social Club*, das *Austro-American Trade Uni-*

on Committee for Vicotry, die *Austro American Association* und das *Austro-American Committee for the Re-election of President Roosevelt* zu nennen.“ DÖW, USA/Bd. 2 (1995), S. 641, vgl. auch DÖW 10.588

13/ Ebd., S. 76

14/ Ebd., S. 76

15/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145, Teil V, 21.5.1984 (Gründorfer), S. 15

16/ Gründorfer (1989), S. 30

17/ 1942 wurden nach der faktischen Auflösung der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS) das *Austrian Labor Committee* und das *Austrian National Committee* gegründet, daneben gab es noch weitere ebenfalls von SozialdemokratInnen dominierte Organisationen in den USA.

18/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145 (Gründorfer), Teil V, S. 11

19/ Ebd. S.12. Noch deutlicher Otto Langer: „Ich kann mich nicht erinnern, dass dort eine eigene Gruppierung war, kann mich nicht daran erinnern, nein.“ (Interview Otto Langer, 2003)

20/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145 (Gründorfer), Teil V, S. 12. Besonders offensichtlich war dies in Großbritannien, wo österreichische KommunistInnen mit VertreterInnen aller politischen Lager – auch den Legitimisten – in gemeinsamen Organisationen arbeiteten, während zu den SozialdemokratInnen bis zum Ende des Krieges ein distanzierendes Verhältnis gewahrt wurde.

21/ DeWitt C. Poole war einer der leitenden Funktionäre der *Foreign Nationalities Branch* (FNB) des COI/OSS.

22/ Der Politologe August Heckscher war neben John C. Wiley und Charles B. Friediger einer der Österreich-Experten der FNB.

23/ OSS-FNB INT-4AU-40 (MEMORANDUM OF A CONVERSATION WITH GENERAL JULIUS DEUTSCH, by DeWitt C. Poole, 11.3.1942)

24/ In einem OSS-Bericht über eine Veranstaltung vom sechsten Jahrestag des „Anschlusses“ wird Maria Deutsch als „frequent speaker at meetings of German Communists and Fellow Travelers“ bezeichnet. (OSS-FNB INT-4AU-492)

25/ OSS-FNB INT-4AU-284 (28.1.1943)

26/ Vgl. Link (1972), S. 61

27/ Vgl. Haberleitner (1990), S. 86f.

28/ Das von Otto von Habsburg initiierte und von den US-Behörden unterstützte Projekt eines Österreicher-Bataillons innerhalb der US Army stieß bei allen österreichischen Exil-Gruppen sowie bei VertreterInnen von Ländern, welche ehemals Teil der Habsburgermonarchie waren, auf heftige Ablehnung. Die *Free Austrian Youth* schrieb in einem an Habsburg adressierten Brief: „We know your program – and we know your aims – and we refuse to enlist with you. [...] Your committee has greatly discredited the fine idea of an Austrian fighting unit within the United States Army, and it has harmed the cause of the Austrian people now under the Hit-

ler yoke who are striving for their liberation and who have no sympathy with your projects.“, s. OSS-FNB INT-4AU-245 (2.1.1943). Aufgrund der heftigen Reaktionen wurde das Projekt schließlich fallengelassen.

29/ Vgl. Link (1972), S. 41

30/ OSS-Memorandum Nr. 165 (8.12.1943); zit. nach DÖW, USA/Bd. 1, S. 354

31/ Ebd.

32/ Ebd.

33/ OSS-FNB INT-4AU-568 (Bericht Friediger an Poole, 15.8.1944)

34/ Hertling (o.J.), S. 5

35/ d.i. Wilhelm Gründorfer

36/ Vgl. Hertling (o.J.), S. 8

37/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145 (Gründorfer), Teil V, S. 12

38/ AAT, Nr. 1, July, 1943 (DÖW 03003)

39/ DÖW 16969

40/ Klahr betont in seinen zwei Aufsätzen „Zur nationalen Frage in Österreich“, dass die österreichische Kultur zwar, „wie die Kultur jedes kapitalistischen Landes, eine Kultur der herrschenden Klasse“ (Klahr, WuZ Nr. 4, 1937) sei, es aber dennoch im Sinne der Begründung einer österreichischen Nation notwendig sei, auf eine von Deutschland unabhängige österreichische Kulturtradition zu verweisen.

41/ DÖW 16969

42/ Bei Haberleitner entsteht beispielsweise der Eindruck, als wäre in der FFÖ/AAT lediglich das kommunistische Exil positiv bewertet worden (vgl. Haberleitner, 1990, S. 98ff.). Abgesehen von einem Hinweis auf die „zum Teil sehr links stehenden“ (ebd. S.100) Mitarbeiter der Kulturbeilage fehlt bei ihr jeder Hinweis auf die vorrangige Beteiligung von KommunistInnen an der FFÖ/AAT. Kommunistischer Charakter sei der AAT lediglich von ultrakonservativer Seite diffamierend unterstellt worden. (vgl. ebd.)

43/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145 (Gründorfer), Teil V, S. 12

44/ Gründorfer (1989), S. 28 (Hervorhebung im Original)

45/ „Die meisten der österreichischen Schriftsteller, die in den Vereinigten Staaten lebten, waren nicht nur bereit mitzutun, sondern stellten sehr gerne unserer Zeitung Beiträge zur Verfügung.“ (Gründorfer, 1989, S. 28)

46/ „Zu den ständigen Mitarbeitern der Beilage gehörten neben den Kunsthistorikern Else Hoffmann und Hans Tietze auch der Musikkritiker Paul Stefan, der Architekt Josef Frank, der Regisseur und Dramaturg Heinrich Schnitzler, sowie die Journalisten Ludwig Ullmann, Robert Breuer, Ernst Sommer, Hugo Kauder, Ruth Domino, Elisabeth Freundlich und natürlich Ferdinand Bruckner und Berthold Viertel.“ (Hertling, o.J., S. 10)

47/ Gründorfer (1989), S. 28; Eppel bezeichnet – ebenfalls mit Hinweis auf die Kulturbeilage – die AAT als „die interessanteste öst. Exilztg.“ (Eppel, 1988, S. 4)

Neuerscheinung

Krise des Arbeitsrechts Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky hg. von Anja Oberkofler

Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2005 (Quellen & Studien, Sonderband 6), 52 S., 5 Euro
ISBN 3-9501986-1-X



Eduard Rabofsky (1911–1994), Autoschlosser, kommunistischer Widerstandskämpfer, war nach der Befreiung Österreichs als Jurist in der Wiener Arbeiterkammer tätig und leistete mit seiner praktischen und theoretischen Arbeit wesentliche Beiträge zur Stärkung der Rechte der Arbeiterklasse.

Aus Anlass seines zehnten Todestages fand im Juni 2004 mit Unterstützung der Arbeiterkammer Wien ein Gedächtnissymposium der Alfred Klahr Gesellschaft zu Ehren von Eduard Rabofsky statt. Der vorliegende, von Anja Oberkofler herausgegebene Band vereint die dort gehaltenen Referate von Josef Cerny, Peter Goller, Johann J. Hagen, Hermann Klenner, Theo Mayer-Maly und Alois Obereder.

Zu beziehen über die Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien, FAX: 01/982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at

48/ Vgl. Link (1972), S. 62f.
49/ Walter Elnreider, ehemaliger Kriegsgefangener, zit. nach Link (1972), S. 63
50/ Ebd. S. 31
51/ „Gezogen“ haben sich die Tage zwei Jahre lang, vom Sommer 1945 – als Gründorfer seine Bemühungen um Ausreisegenehmigung aus den USA und Einreisegenehmigung in Österreich startete – bis zum Sommer 1947, seiner Rückkehr nach Österreich. (Vgl. Gründorfer, 1989, S. 28)
52/ Gründorfer (1989), S. 28
53/ Vgl. Link (1972), S. 35
54/ Die Bezeichnung „McCarthy“-Komitee lässt nur bedingt auf den Zeitraum des erzählten Ereignisses schließen, da fast alle ZeitzeugInnen auch für die Zeit vor 1950 – von 1950–1954 war Joseph McCarthy Vorsitzender des HCUA – dieses als „McCarthy“-Komitee bezeichnen.
55/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 677, 19.9.1989 (Waldinger), S. 85
56/ Interview Langer (2003). Bei der Abschiedsfeier Langers war auch Harry Belafonte zugegen, den Langer bereits seit längerer Zeit kannte; im Zuge dieses Festes bot Belafonte einen eigens für Otto Langer komponierten „Calypso“ dar: „Ich hab da eine Party gemacht, wo viele Leute dort waren und der Belafonte sozusagen zu meiner Verabschiedung den Calypso geschrieben hat, denn der Belafonte hat ja vorher fast jeden Samstag bei Partys von uns gesungen, damals war er noch nicht so berühmt. Er hat uns geholfen, die Finanzen der Gewerkschaft überhaupt zu ermöglichen durch die Partys, [...] und als er dann gehört hat, dass ich Amerika verlasse, hat er diesen Calypso komponiert.“ (Interview Langer, 2003; vgl. auch Zellhofer, 1998)
57/ Vgl. DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145, Teil V, 21.5.1984 (Gründorfer), S. 18f.
58/ Ebd. S. 17f.
59/ DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 597, Otto Verber; zit. nach DÖW/USA, Bd. 2
60/ Vgl. DÖW Erzählte Geschichte, Interviewabschriften 145, 349, 677 (Gründorfer, Waldinger, Langer), Interview Langer (2003)

Literatur und Quellen:

AAT, Nr. 1, July, 1943 (DÖW 03003)
Belafonte, Harry: To Otto Langer. Manuskript, aus dem Privatbesitz von Otto Langer
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher im Exil. USA. 1938–1945. Band 1+2. Wien 1995
DÖW 10.588 Liste österreichischer Organisationen weltweit
DÖW 16969 Speech held by William Green, Editor of the Austro-American Tribune, at Hunter College on March 11th, 1944
DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 69: Interview mit Maria März-Szecsics vom 31.1.1983. (Interviewer Hans Saffrian/Hans Witek)

DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 145: Interview mit Wilhelm Gründorfer, 21.5./25.5.1984. (Interviewer Hans Schafranek)
DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 258: Interview mit Prof. Eduard März vom 19. Februar 1985. (Interviewer Peter Eppel)
DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 349: Interview mit Otto Langer, 30.6.1986. (Interviewerin Irene Etzersdorfer)
DÖW, Erzählte Geschichte, Interviewabschrift 677: Interview mit Theodor Waldinger, 23.8.1989. (Interviewerin Andrea Schwab)
Eppel, Peter: Österreichische Emigranten in den USA 1938–1945. In: Steinbach, Peter (Hg.): Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte. Köln 1987
Gründorfer, Wilhelm: „...irgendwo doch einen Erfolg gehabt“. Erinnerungen von Dr. Wilhelm Gründorfer (Wien) an die Zeit als Chefredakteur der New Yorker Exilzeitschrift Austro American Tribune. In: iwK – Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst 3/1989, S. 27–31
Haberleitner, Elisabeth: Die politischen Organisationen der konservativen österreichischen Emigration in Frankreich und den USA 1938–1945. Dipl. Wien 1990
Hertling, Viktoria: „...irgendwie doch einen Erfolg gehabt.“ Die Austro-American Tribune in New York (1942–1945). [to be published in: Die Resonanz des Exils. Gelungene und mißlungene Rezeption deutschsprachiger Exilautoren (Rodopi: Amsterdam 1992)], Manuskript, Reno o.J. (DÖW 25328)
Klahr, Alfred: Zur nationalen Frage in Oesterreich. In Weg und Ziel Jg. 2, Nr. 3 (1937), S. 126–133 und Nr. 4 (1937), S. 173–181
Klehr, Harvey, John Earl Haynes and Fridrikh Igorevich Firsov: The Secret World of American Communism. New Haven and London 1995
Kreilishheim, Otto: Ich erinnere mich... Wien o.J.
Langer, Otto: Interview mit Otto Langer, durchgeführt von Simon Loidl, Wien, 25.6.2003
Link, Benjamin: Die österreichische Emigrantenpresse in den Subkulturen von New York City 1942–1948. (Inhalts- und Strukturanalyse der Anpassungsleistung und des politischen Inhalts). Diss. Salzburg 1972
Mörl, Benedikt: Leo Katz – sein Leben und seine Sicht des Judentums. Dipl. Wien 1996
OSS-FNB INT-4AU-40 (MEMORANDUM OF A CONVERSATION WITH GENERAL JULIUS DEUTSCH, by DeWitt C. Poole, 11.3.1942)
OSS-FNB INT-4AU-245 (2.1.1943)
OSS-FNB INT-4AU-284 (28.1.1943)
OSS-FNB INT-4AU-492 (Bericht Friediger an Poole über die Veranstaltung „For the Independent Democratic Austrian Republic!“, welches am 11.3.1944 im Hunter College stattgefunden hatte, 13.3.1944)
OSS-FNB INT-4AU-568 (Bericht Friediger an Poole, 15.8.1944)
Zellhofer, Klaus: Calypso für Otto. In: Falter 11/98, S. 64

Kampf um die Erinnerung

Partisanendenkmäler und antifaschistisches Gedächtnis in Kärnten

LISA RETTL

Die geschichtskulturellen Verarbeitungsformen Kärntens zum Nationalsozialismus stehen im österreichischen Vergleich zweifelsohne unter besonderen Vorzeichen. Darauf verweisen nicht zuletzt prominente Stimmen des In- und Auslandes, die seit langem argwöhnen, dass im Kärntner Umfeld „in krasser Form Verdrängung und Verfälschung der Geschichte präsent sind.“¹ Das ausgerufene Jubiläumsjahr 2005 bietet daher auch einen geeigneten Anlass, sich mit Fragestellungen zu antifaschistischen Gedächtnisbildungen und Erinnerungszeichen in diesem Land zu beschäftigen. Tatsächlich machen in Kärnten den größten Teil an antifaschistischen Erinnerungszeichen Partisanendenkmäler aus – sie sind daher auch das zentrale Thema dieses Referats, wohingegen die (wenigen) anderen Orte antifaschistischer Gedächtnistraditionen, etwa das Mahnmal am Annbichler Friedhof in Klagenfurt oder das „Denkmal der Namen“ in Villach aufgrund des knappen zeitlichen Rahmens hier unberücksichtigt bleiben.

In den Kulturwissenschaften ist die Beschäftigung mit Denkmälern in einen Forschungskontext eingeordnet, der u.a. unter dem Schlagwort *Erinnerungskultur* subsumierbar ist und sich in den letzten 20 Jahren als sehr interdisziplinäres und mittlerweile äußerst komplexes Forschungsfeld etabliert hat. Dabei hat sich vor allem eine Erkenntnis als wesentliche Prämisse durchgesetzt, nämlich dass die Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem Holocaust zu einem Gradmesser für die zivilisatorische, psycho-soziale und demokratiepolitische Verfasstheit einer Gesellschaft zu sehen ist. „Kultur“, so formulierte es Gerd Theissen, sei letztlich daran zu messen, „wie sie mit dem Gedächtnis der politischen und moralischen Katastrophen in der ersten Hälfte“ des 20. Jahrhunderts umgeht.²

Zu den wesentlichsten Voraussetzungen für die Existenz von Partisanendenkmälern gehört zunächst, dass Kärnten das einzige Gebiet der ehemaligen Ostmark darstellt, wo es einen bewaffneten Widerstand im Rahmen eines militärischen Organisationsnetzes, der slowenischen Befreiungsfront (Osvobodilna fronta, OF), gab. Die zweite Besonder-

heit ist, dass dieser bewaffnete antifaschistische Kampf in erster Linie von Kärntner SlowenInnen, also der im Land lebenden Minderheit, getragen wurde, wohingegen sich deutschsprachige KärntnerInnen in nur sehr geringem Ausmaß am Widerstand beteiligten.

Daher gehört zu den signifikantesten Merkmalen der antifaschistischen Gedenktradition in Kärnten, dass diese nicht nur, wie andernorts in Österreich, von einer numerischen Minderheit getragen wird, sondern gleichzeitig auch von einer ethnischen, die während des Nationalsozialismus schwere Verfolgungen zu erleiden hatte. Dadurch, dass das Widerstandsgedächtnis in Kärnten stark von einer ethnischen Dimension geprägt ist, spielen Partisanendenkmäler eine zentrale Rolle auch bei den konfliktreichen Auseinandersetzungen zwischen deutschsprechender Mehrheit und slowenisch- bzw. zweisprachiger Minderheit. Dabei, auch dies ist als Besonderheit zu werten, setzten die Konflikte nicht erst seit Ende der 1980er Jahre ein, wo auch auf gesamtösterreichischer Ebene eine verstärkte Auseinandersetzung um Denkmalserrichtungen zu verzeichnen ist, sondern tatsächlich handelt es sich um ein Phänomen, das seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis heute immer wieder die Kärntner Öffentlichkeit beschäftigt.

Wenn man nun davon ausgeht, dass Denkmäler im allgemeinen bereits eine symbolische Hierarchie von Normen und Werten implizieren, so kann Kärntens Denkmallandschaft auch als Spiegelbild realer politischer Machtverhältnisse zwischen Mehrheit und Minderheit gelesen werden.

Für die dominanteste Trägergruppe des antifaschistischen Gedächtnisses, das sind die ehemaligen PartisanInnen und im weiteren Sinn die Kärntner SlowenInnen, ist die Geschichte von Widerstand und Verfolgung ebenso wie die Erinnerung daran ein entscheidendes und kollektiv geteiltes Identitätselement. Gedenkfeiern sind daher seit langem fixer Bestandteil des kulturellen Lebens der Volksgruppe.³

Mit diesem Kampf, so hat es Karel Prušnik, hochrangiger Partisan und späterer Funktionär der OF bzw. des 1948 ge-

gründeten Partisanenverbandes⁴, einmal formuliert, haben „wir aufgehört, Sklaven zu sein“⁵, auf Basis dieses Widerstandes gründete die Aufnahme des berühmten Artikels 7 im österreichischen Staatsvertrag, also der entscheidenden politischen Grundlage für den Schutz und die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheit in Österreich.

In diesem Sinn fungiert die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung vor und mit Denkmälern für die Kärntner SlowenInnen in doppeltem Sinn: Einerseits zur Stärkung der Eigengruppe, die mittels einer gemeinsamen Vergangenheit auch ihre Besonderheit und Identität als Gruppe schöpft und sich in diesem Bewusstsein auch einem starken Assimilationsdruck entgegenstellt. Und andererseits als Zeichen nach außen, mit dem öffentlich Anspruch auf Erinnerungs- und Geschichtswürdigkeit gestellt wird und mit dem gleichzeitig politische Interessen der jeweiligen Gegenwart artikuliert werden – im konkreten Fall etwa die nicht oder nur teilweise realisierten Minderheitenrechte, die durch den österreichischen Staatsvertrag verfassungsmäßig garantiert sind.

Dabei ist festzustellen, dass im österreichischen Staatsvertrag keineswegs nur „realpolitische“ Rechte (Stichwort: Schulwesen, Amtssprache, topographische Aufschriften etc.) verankert sind, sondern im übertragenen Sinn auch das Recht auf Erinnerung, das zwar nicht als spezielles Minderheitenrecht gedacht war⁶, jedoch das Gedenken der Minderheit in spezifischen Ausmaß betrifft. Konkret geht es um Artikel 19 des österreichischen Staatsvertrages, wonach Österreich verpflichtet ist, alle Gräber, Embleme, und Denkmäler zu achten schützen und zu erhalten, die dem Ruhm jener gewidmet sind, die auf österreichischem Staatsgebiet gegen Hitler-Deutschland gekämpft hatten.⁷

Das Recht auf Erinnerung vor und mit Partisanendenkmälern ist demnach auch verfassungsrechtlich garantiertes, und geltendes österreichisches Recht für die slowenische Minderheit in Kärnten.

Wirft man einen Blick auf den in Kärnten gepflegten Hegemonialdiskurs über Partisanendenkmäler, so ergibt sich ein nüchterner Befund, der mit der Absicht-

serklärung des Provisorischen Kärntner Landesausschusses wenig gemein hatte, nämlich als er im Juni 1945 seine ausdrückliche Anerkennung und Bewunderung für den „heldenhaften Freiheitskampf“ aussprach.⁸

Sehr bald schon, nämlich noch lange vor Unterzeichnung des Staatsvertrages, haben sich in den großen Kärntner Tageszeitungen, die ja auch als Parteizeitungen zu begreifen waren, jene hegemonialen Diskursfragmente herausgebildet, die bis heute die Diskussionen um Partisanendenkmäler, ebenso wie den offiziellen Geschichtsdiskurs in Kärnten, bestimmen.

Im Wesentlichen lassen sich, summarisch zusammengefasst, folgende Diskursfragmente im Kontext mit Partisanendenkmälern nennen:

– Kärnten werde aus politischem Kalkül von einem dichten Netz an Partisanendenkmälern- und Gräbern durchzogen, mit denen insgesamt ein Ziel verfolgt würde: nämlich Kärnten optisch zu „slowenisieren“. Damals wie heute wurden und werden die Denkmäler daher als Ausdruck einer nicht enden wollenden großjugoslawischen Begehrlichkeit auf Kärnten gewertet. Der Ursprung dieser Vorstellung liegt in der Tatsache, dass die kärntner-slowenischen PartisanInnen, nicht zuletzt aufgrund ihrer negativen Erfahrungen aus der Ersten Republik bzw. aus dem Nationalsozialismus die jugoslawischen Gebietsansprüche auf einige Teile Kärntens zunächst unterstützt hatten, eine politische Haltung, die ihnen für die späteren Jahrzehnte die Konnotation von „Heimat(land)verrätern“ bescherte, obwohl diese Haltung, seit 1949 mit Lösung der Grenzfrage zugunsten Österreichs und spätestens ab 1955 mit Anerkennung und Ratifizierung des österreichischen Staatsvertrages vollständig aufgegeben wurde.

– Mit diesen Diskursen wiederum ist die Interpretation verbunden, dass Partisanendenkmäler als Ausdruck einer arroganten und privilegierten Minderheit zu werten sei, mit denen gleichzeitig „Partisanenverbrechen“ verherrlicht würden und somit eine laufende Provokation für die „deutschkärntner“ Bevölkerung darstellen würden.⁹

Dieser diskursive Hintergrund zu Partisanendenkmälern blieb annähernd 60 Jahre unverändert und adaptierte sich in sprachlicher Hinsicht lediglich formal an die Regeln der Demokratie. In diesem Sinne ist, ausgehend von diesen Narrativen, zu fragen, wie das dichte Netz an Partisanendenkmälern heute

tatsächlich aussieht, wo diese Denkmäler errichtet werden konnten und woran tatsächlich erinnert wird.

Ganz pragmatisch ist zunächst festzustellen, dass der Partisanenverband heute an insgesamt 53 (Aufstellungs)Orten Kärntens verschiedenartige Erinnerungszeichen betreut.

Von diesen 53 Orten sind 44 Aufstellungsorte einer Denkmalkategorie zuzuordnen, die auf Friedhöfen errichtet wurden und die eher den Charakter von Grabdenkmälern oder Ehrengräbern tragen. Ihre öffentliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Entfaltung politischer Sinnstiftung ist also relativ gering, nachdem politische Aussagen auf Grabdenkmälern im Gesamteindruck des Friedhofs immer hinter ein allgemein gehaltenes Totengedächtnis zurück treten. Dementsprechend hat sich hier bei den Gräbern – bis auf zwei Ausnahmen – auch kein ritualisiertes bzw. politisches inszeniertes Gedächtnis herausgebildet.

Dieser großen Anzahl an Grabdenkmälern stehen insgesamt nur neun Aufstellungsorte von Denkmälern gegenüber, die nicht auf friedhofszugehörigen Raum zur Aufstellung gelangen konnten. Dies sind denn auch jene Gedenkorte, wo sich für die Kärntner SlowenInnen unter Beteiligung einer überschaubaren, kleineren Gruppe an deutschsprachigen AntifaschistInnen regelmäßige Gedenktraditionen herausgebildet haben, mit inszenierten Gedenkfeiern und Gedenkwanderungen.

An der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit zieht dieses Gedenken meist unbemerkt vorüber, die deutschsprachige Kärntner Presse berichtet darüber kaum – auch dies ein Indiz für die Marginalisierung der Minderheit, deren Gedenkfeiern den Medien der Mehrheit kaum informationsrelevant erscheint. Eine Aufnahme in die Berichterstattung findet sich tendenziell vor allem dann, wenn etwa der Kärntner Heimatdienst das Thema unter dem Motto „steinzeitkommunistische Veranstaltungen“¹⁰ aufgreift, um sich vor versammelter Kärntner Politprominenz (und deren Applaus) für die ‚Abschaffung des Partisanengedenkens‘ einzusetzen.

Ohne jetzt näher auf die einzelnen Erinnerungszeichen und Gedächtnisinhalte- sowie Orte einzugehen, kann zu den Erinnerungsinhalten allgemein gesagt werden, dass ein Drittel der oben erwähnten neun Gedächtnisorte explizit zivilen Opfern gewidmet ist, die ganz direkt unterschiedlichen Organen und Einheiten des NS-Regimes zum Opfer

fielen. Zu nennen ist hier etwa der Gedenkstein zur Erinnerung an die ermordete Hojnikfamilie (in Leppen/Lepena), die Gedenktafel am Peršmanhof zur Erinnerung an die vom SS- und Polizeiregiment 13 ermordete Sadovnikfamilie, der Gedenkstein beim Karlut in Diex, der an die Ermordung eines Mannes und einer Frau erinnert, die verdächtigt wurden, mit den Partisanen kooperiert zu haben. Dem Opfergedächtnis zuordenbar ist partiell auch die Erinnerungsstätte am Kömmel/Komelj, die einen Todesort markiert, an dem eine Partisaneneinheit auf besonders grausame Weise zu Tode gebracht wurde.

Ebenfalls partiell gehört zum Opfergedächtnis noch eine weitere Gedenktafel in Lobnig/Lobnik, wo beim Geburtshaus an Jurij Pasterk erinnert wird, einem Widerstandskämpfer, der nach einem Volksgerichtshofsurteil am 29. April 1943 gemeinsam mit zwölf weiteren AntifaschistInnen aus dem Eisenkappler Raum enthauptet wurde. Er teilt sich diese Gedenktafel mit seinem Bruder Franc Pasterk, der als Partisanen-Kommandant bei einem Angriff auf Mežica schwer verletzt wurde und an den Folgen verstarb. Hier kommt also eine Kategorie des klassischen Gefallenengedächtnisses dazu (dies gilt auch für drei weniger zentrale Erinnerungszeichen, nämlich die Gedenktafel auf der Rosalm, das Denkmal am Rabenberg und die Gedenktafel in Hintergupf).

Nach der Inschriftensemantik zeigt sich vor allem, dass vor und mit Partisanendenkmälern keineswegs ausschließlich des Widerstandes bzw. einer „Verherrlichung des Partisanenkampfes“, wie es in Kärnten heißt, gedacht wird, sondern dass dieses antifaschistische Widerstandsgedächtnis per se immer auch ein Opfergedächtnis ist, in dem die Erinnerung an Verfolgung und Deportation aufgehoben ist.

Von diesen neun Gedächtnisorten gibt es tatsächlich nur einen, der inhaltlich nicht in direktem Kontext zum Totengedächtnis steht, nämlich das Denkmal in Robesch/Robeže, das expressis verbis an das erste erfolgreiche Partisanengefecht in Kärnten erinnert, von aus sich im Geschichtsnarrativ der Kärntner SlowenInnen die Widerstandsbewegung in Kärnten auch ausgebreitet hat. Als einzigem Partisanendenkmal liegt hier also ein historisches Ereignis zugrunde, das auf Seiten der PartisanInnen nicht nur Opfer forderte, sondern für die Partisanen erfolgreich ausging und zwar in einer Situation, die zunächst alles andere als Er-

folg versprechend schien.¹¹ Dieses Denkmal wurde vom Partisanenverband bezeichnenderweise in einem Moment der absoluten politischen Hoffnungslosigkeit enthüllt, ein Moment, indem Mut und Zusammenhalt seitens der Kärntner SlowenInnen wieder besonders gefragt waren, nämlich am 2. September 1973, als Kärnten schon längst durch die Ereignisse des sogenannten Ortstafelsturmes erschüttert war. Dieses Denkmal wies auch die kürzeste Bestandsdauer auf, es wurde bereits nach zwei Wochen gesprengt (16. September 1973), erst vier Jahre später, 1976, ließ sich die Wiedererrichtung realisieren.

Eine Sonderform in anderer Hinsicht ist das Denkmal, das seit 1983 am Peršmanhof steht und das in einen bereits seit 1965 bestehenden Gedenkort (Gedenktafel in Erinnerung an die hier ermordeten Angehörigen der Sadovnikfamilie) integriert wurde.

Auch hier handelt es sich um ein wiedererrichtetes Denkmal, nämlich um das erste Partisanendenkmal in Kärnten überhaupt, das 1947 am St. Ruprechter Friedhof an einem Massengrab für 83 WiderstandskämpferInnen zur Aufstellung kam. Es ist zweifelsohne auch jenes, das die größte mediale Aufmerksamkeit, auch auf gesamtösterreichischer Ebene, erreichte, zumal es nicht nur den PartisanInnen, sondern auch den Opfern der Alliierten gewidmet war. Am 10. September 1953, schon ganz im Sog um die Konflikte rund um das zweisprachige Schulwesen, wurde das Denkmal von deutschgesinnten Einheimischen gesprengt und eine originalgetreue Wiedererrichtung ließ sich die nächsten dreißig Jahre nicht durchsetzen. Zu Recht wurde von den politischen Vertretungsorganen der Kärntner SlowenInnen die Verletzung des Artikels 19 seitens der Republik kritisiert. Als der Verband der Kärntner Partisanen das Denkmal zu Beginn der 1980er Jahre in Eigenregie und ohne staatliche Beteiligung wieder aufstellen ließ – die aufbewahrten Einzelteile des gesprengten Denkmals wurden zusammengeschweißt – hatte das Denkmal seinen ursprünglichen Erinnerungsinhalt bereits verloren. Nicht mehr ‚Glanz und Glorie des Wider-



Partisanendenkmal in Robesch/Robeže, Foto: Rettl (2003)

standskampfes‘ wird damit verknüpft, sondern vielmehr ist das Denkmal selbst zum Gegenstand der Erinnerung geworden. Entgegen den martialischen siegverkündenden Figuren, die zum Zeitpunkt der Ersterrichtung auch noch mit dem Wunsch an einen Anschluss an Jugoslawien verbunden waren, erinnert das Denkmal heute eher an eine leidvolle Minderheitengeschichte nach 1945, die sich in besonderem Ausmaß und aus ganz unterschiedlichen Gründen in diesem Denkmal verdichtet.¹²

Ein wesentliches, gemeinsames Merkmal der genannten Gedenkort ist die Lage der jeweiligen Aufstellungsorte – festzustellen ist, dass Partisanendenkmäler bzw. Gedenktafeln nur in der Abgeschiedenheit der Kärntner Berge und Wälder installiert werden konnten, und damit nur beschränkter Öffentlichkeit charakter im Sinne der Betrachterfrequenz aufweisen. Die Erinnerung an Widerstand und Verfolgung bleibt im öffentlichen Raum Kärntens also bis heute eine verborgene und unter der Wahrnehmungsgrenze angesiedelte Geschichte, zumal festzustellen ist, dass alle Erinnerungszeichen auf Privatgrund, und nicht auf Grundstücken der öffentlichen Hand

situiert sind. Dies bedeutet, dass entgegen dem Hegemonialdiskurs, der für Kärnten von einem dichten Netz an Partisanendenkmälern ausgeht, in realitas der Minderheit, aber auch generell dem antifaschistischen Gedächtnis, kaum öffentlicher Raum zur Pflege der Erinnerung zu kommt.

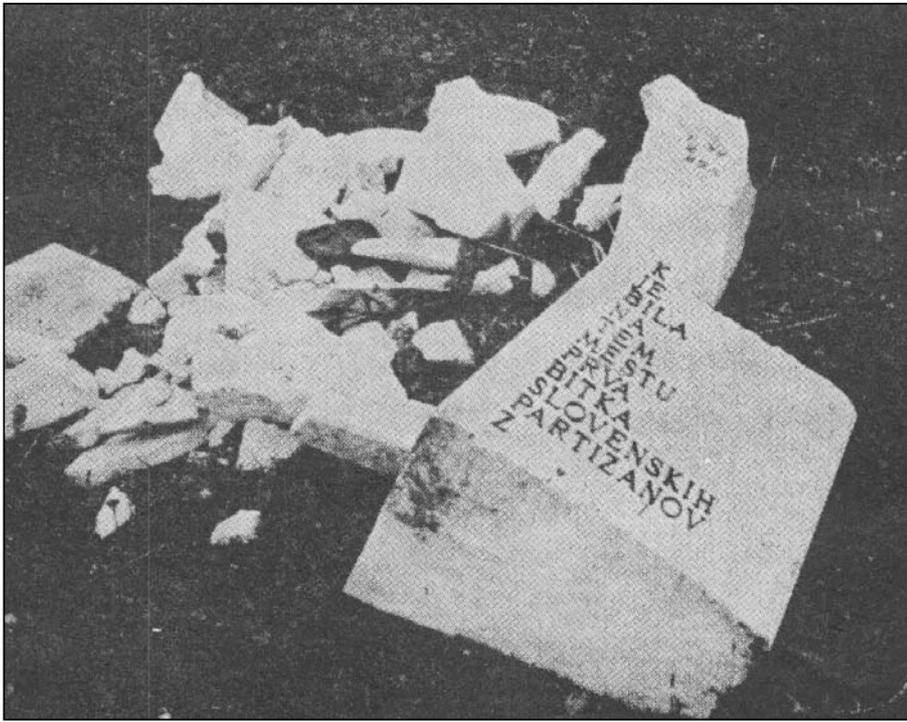
Nichts desto weniger ist zu bemerken, dass trotz dieser örtlichen Randpositionen, die Partisanendenkmäler in Kärnten einnehmen, bzw. trotz ihrer Situierung auf Friedhöfen, der Zerstörungsgrad beträchtlich ist.

Drei Partisanendenkmäler wurden gesprengt, und zwar jenes am St. Ruprechter Friedhof bei Völkermarkt (1953), jenes in Robesch (1973) und jenes am Kömmel (1976). Ein Spezifikum der Völkermarkter Sprengung ist, dass sie bereits Monate vorher angekündigt worden war und dass sich die lokale deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit mit dem Anschlag stark identifizierte. Dies geht aus zahlreichen Quellen aus dem Umfeld der

ermittelnden Sicherheitsbehörden hervor, wobei etwa in der Gendarmeriechronik in Bezug auf die Ermittlung der Täter vermerkt wurde, „daß die Ausforschung [...] auf größten Widerstand stießen [sic]. Ja [,] es wurde offen ausgesprochen, daß der Täter nie gefunden werden möge. Den erhebenden Beamten wurde mehrmals gesagt, sie sollten sich nicht bemühen [,] es sei ja recht, dass das Denkmal endlich weg sei.“¹³

Im Falle dieses Denkmals entschied sich die Bundesregierung nicht für eine Wiedererrichtung, sondern für eine Neugestaltung, die nach zähen Verhandlungen 1962 in Form einer Grabchale aufgestellt wurde – argumentiert wurde dieser Beschluss mit Rücksicht auf die deutschnationalen Kräfte Kärntens, die mit dem Denkmal nicht weiter provoziert werden sollten. Dennoch: Trotz dieser entpolitisierten Variante kam es aber erneut 1968 zu Übergriffen auf das Massengrab mit dem nunmehr unauffälligen Grabdenkmal.¹⁴

Generell ist festzustellen, dass die Zerstörungen und Übergriffe auf Denkmäler wie auch auf Gräber zu jedem Zeitpunkt in der Kärntner Nachkriegsgeschichte zu beobachten sind, bis heute – wenngleich



Das gesprengte Robescher Partisanendenkmal, 1972
Foto: Verband der Kärntner Partisanen

sich die Übergriffe vor allem dann häufen, wenn auch andere Minderheitenrechte abgewehrt oder torpediert werden sollten, bei der Sprengung von 1953 etwa die Frage nach dem 1945 eingerichteten zweisprachigen Schulwesen, in den Jahren 1972/73 die zweisprachige Ortstafeln und 1976 die Verhandlungen um das Volksgruppengesetz. Insbesondere im Zuge des so genannten Ortstafelsturmes bei seinem Ausbruch im Herbst 1972 kam es – parallel zur Demontage zweisprachiger Ortstafeln und Übergriffen auf Minderheitsangehörige – zu einer massiven Zunahme an Partisanengrabschändungen. Tatsächlich kann heute die genaue Zahl an Übergriffen an Grabdenkmälern und Denkmälern nicht mehr eruiert werden, vor allem deswegen, weil es so viele gab, dass die kleineren Übergriffe nicht einmal angezeigt oder medial darüber berichtet wurde.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass in Kärnten das antifaschistische Gedächtnis in besonderer Art und Weise latenten und manifesten Gewaltausbrüchen ausgesetzt ist, die gleichsam zur Struktur einen allgemeinen Repressionspolitik gegenüber der Minderheit gehört. Gleichzeitig wird dabei deutlich, wie hoch der Stellenwert von Denkmälern nach wie vor für die alltägliche politische Auseinandersetzung sein kann und welche zentrale Position Geschichtsnarrative und ihre symbolhaften Erinnerungszeichen für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft einnehmen.

Anmerkungen:

1/ Peter Leuprecht (Vizegeneralsekretär des Europarates in Strasbourg) in seiner Gedenkrede am 8. Mai 1995 im Rahmen einer Gedenkveranstaltung beim ehemaligen Mauthausen Außenlager Loiblpass Nord. Zit. nach Peter Gstettner, Die Vergangenheit liegt noch vor uns. Fünf Jahre Gedenken am Loibl, in: Karl Anderwald / Peter Karpf / Hellwig Valentin (Hg.), Kärntner Jahrbuch für Politik, Klagenfurt 1999, S. 22.

2/ Gerd Theissen, Tradition und Entscheidung. Der Beitrag des biblischen Glaubens zum kulturellen Gedächtnis, in: Jan Assmann / Tonio Hölscher (Hrsg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt 1998, S. 190.

3/ Avguštin Malle, Die Nachkriegszeit. Erinnerung an Vertreibung und Widerstand, in: Die Deportation slowenischer Familien aus Kärnten 1942. Ein Beitrag zur Geschichte der Kärntner Slowenen im 20. Jahrhundert mit ausgewählter Thematik anlässlich der gleichnamigen Ausstellung im 60. Gedenkjahr, hg. v. der Österreichischen Liga für Menschenrechte, Wien 2003, S. 99.

4/ Der vollständige und korrekte Vereinsname lautet heute: Verband der Kärntner Partisanen und Freunde des antifaschistischen Widerstandes/Zveza koroških partizanov in prijateljev protifašisticnega odpora.

5/ Karel Prušnik, Rede anlässlich der Denkmalsenthüllung am St. Ruprechter Friedhof am 26.10.1947, zit. in deutscher Übersetzung nach Slovenski Vestnik, 31.10.1947, S. 1.

6/ Zu Aspekten der Entstehungsgeschichte des Artikels 19 vgl. Lisa Rettl, 60 Jahre Minderheitenpolitik in Kärnten/Koroška. Ein Streifzug, in: Dies./ Werner Koroschitz (Hg.), „heiß umfodet,

wild umstritten...“ Geschichtsmymen in Rot-Weiß-Rot, Villach-Klagenfurt 2005, S. 127.

7/ Volltext des Art. 19 / Abs. 1: „Österreich verpflichtet sich, die auf österreichischem Gebiet befindlichen Gräber von Soldaten, Kriegsgefangenen und zwangsweise nach Österreich gebrachten Staatsangehörigen der Alliierten Mächte und jener der anderen Vereinten Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, zu achten, zu schützen und zu erhalten; desgleichen die Gedenksteine und Embleme dieser Gräber sowie Denkmäler, die dem militärischen Ruhm der Armeen gewidmet sind, die auf österreichischem Staatsgebiet gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben.“ Zit. nach Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität, Graz-Wien-Köln 1985 (3. Aufl.), S. 261.

8/ Vgl. Kärnten – ein Problem? Hg. v. der Kärntner Landesregierung, Wien 1945, S. 29.

9/ Ausführlicher dazu vgl. Lisa Rettl, PartisanInnen Denkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten (=Der Nationalsozialismus und seine Folgen, Bd. 3, hg. v. Florian Freund / Bertrand Perz / Karl Stuhlpfarrer), Innsbruck-Wien-Bozen 2005.

10/ Vgl. dazu exemplarisch die KHD-Berichterstattung zum „Tag der Kärntner Einheit“ in: Der Kärntner, Mitteilungsblatt des KHD, August 2003, S. 6.

11/ Vgl. dazu Aussage von Franc Poglajen, in: Marjan Sturm, Padlim za Svobodo/Den Gefallenen für die Freiheit. Pomniki protifašisticnega boja na Koroškem / Gedenkstätten des antifaschistischen Kampfes in Kärnten, Celovec-Trst/Klagenfurt/Triest 1987, S. 139f.

12/ Dies hängt einerseits mit den zentralen Eckdaten des Denkmals zusammen, die in spezifischer Weise an allgemeine minderheitenpolitischen Entwicklungen anknüpfen, andererseits ist das Denkmal auch mit zahlreichen biographischen Momenten verknüpft. Dazu zählt vor allem die Verhaftung und Verurteilung von Karel Prušnik durch ein britisches Militärgericht zu einem Jahr Haft in Karlau anlässlich seiner Britenkritischen Enthüllungsrede. Dieses Urteil wurde bereits als neuerliche Opferwerdung der Kärntner SlowenInnen wahrgenommen, ebenso wie die Denkmalsprengung eine zentrale Diskriminierungserfahrung darstellte.

13/ Gendarmeriechronik Völkermarkt, Eintrag zum 10.09.1953.

14/ Ausführlicher zur Sprengung und den Bemühungen um die Wiedererrichtung vgl. Lisa Rettl, PartisanInnen Denkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten, insbesondere Kapitel 11.

Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „Kontinuität und Wandel der österreichischen Geschichtsmymen. Eine kritische Bilanz des Gedenkjahres 2005“ am 29. Oktober 2005.

Spanien 1936

HANS HAUTMANN

Der spanische Bürgerkrieg, dessen Ausbruch sich heuer zum siebzigsten Mal jährt, war ein Ereignis von internationaler Bedeutung, ein entscheidendes Glied in der Kette der großen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Faschismus im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges. Neben der österreichischen war die spanische Arbeiterbewegung die einzige in Europa, die der Machtübernahme durch Faschisten mit der Waffe in der Hand Einhalt zu gebieten suchte. Alle wesentlichen Fragen des antifaschistischen Kampfes, der Einheitsfront und Volksfront zur Erhaltung und zum Ausbau der demokratischen Errungenschaften kamen im spanischen Bürgerkrieg in geradezu klassischer Weise zum Ausdruck. Gleichzeitig hatte der national-revolutionäre Krieg des spanischen Volkes Besonderheiten, die in seiner Geschichte, seiner sozialen und politischen Entwicklung im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurzeln.

Besonderheiten

Welche Besonderheiten waren das?

1) Der verzögerte, regional sehr ungleichmäßige und ungleichzeitig verlaufene Industrialisierungsprozess im Land, was zur Folge hatte, dass sich eine Arbeiterklasse erst relativ spät herausbildete und diese Arbeiterklasse in vieler Hinsicht inhomogen war.

2) Die sich hartnäckig behauptenden feudalen, vorindustriellen Strukturen im Agrarbereich. In Spanien hatte eine Zerschlagung des Feudalsystems, eine Bauernbefreiung und Bodenreform, wie sie in den meisten europäischen Ländern im Verlauf der bürgerlichen Revolution durchgesetzt werden konnte, nicht stattgefunden. Die überwiegende Mehrheit des spanischen Volkes lebte auf dem Lande unter oligarchischen und äußerst rückständigen Bedingungen. In Nord- und Mittelspanien dominierten Klein- und Kleinstbauern, in Süds Spanien die Lohnarbeit von Landarbeitern auf den Latifundien des Großgrundbesitzes. Noch im Jahr 1931 waren zwei Millionen Landarbeiter ohne Bodenbesitz, während 50.000 Großgrundbesitzer über die Hälfte des Bodens Spaniens verfügten. Der durchschnittliche Hektarertrag in der Landwirtschaft war der niedrigste in ganz Europa.

3) Die verspätete Industrialisierung und die Dominanz einer vorkapitalistischen Agrarwirtschaft bewirkten, dass in Spanien die einfache Warenproduktion vorherrschte. Das war eine der Ursachen dafür, dass der Anarchismus in Spanien eine beträchtliche Anhängerschaft besaß, auch unter der Arbeiterschaft. Als überall schon der Anarchismus nach dem Ersten Weltkrieg seine einstige Bedeutung verloren hatte – in Italien, in Frankreich und in der Schweiz – blieb er in Spanien stark. Dieser Faktor sollte im Bürgerkrieg eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

4) Der ausgeprägte Zentralismus des spanischen Staatsapparats, dessen Strukturen noch aus der Zeit Spaniens als Weltmacht im 16. Jahrhundert stammten. Er stand in permanentem Gegensatz zu den Autonomiebestrebungen der Basken¹, Katalanen² und Galicier.³ Das hatte vor 1936 und während des Bürgerkrieges auf die inneren Auseinandersetzungen große Auswirkungen.

5) Die überaus starke Position der katholischen Kirche und ihrer Hierarchie, die Symbiose zwischen Kirche und Staat, das Ausbleiben einer verfassungsrechtlich verankerten Trennung von Kirche und Staat. Der Klerus bildete mit der Aristokratie und dem Großgrundbesitz ein Bollwerk gegen jegliche, auch noch so zaghafte Versuche liberal-demokratischer Reformen. Die starre reaktionäre Einstellung der spanischen Kirche, die sich einer vom spanischen Volk unvergessenen Tradition wie der Inquisition „rühmen“ konnte, rief bei einigen Teilen der Bevölkerung eine scharf und radikal ausgeprägte antiklerikale Haltung hervor.

6) Der ungewöhnlich große Einfluss des Militärs auf die spanische Innenpolitik. Die Armee und die Generalität hatten, eben durch die zurückgebliebene wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ein besonderes politisches Gewicht derart, dass sich die zivile gegenüber der militärischen Gewalt nicht oder nur sehr mühsam Geltung verschaffen konnte. Schon im 19. Jahrhundert waren die Offizierskasinos Zentren politischer Entscheidungen, Ausgangspunkte von Verschwörungen und Staatsstreichen.

Die Geschichte Spaniens im Jahrhundert vor dem Bürgerkrieg war also im Wesentlichen die Geschichte eines ständigen Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt, zwischen Diktatur und Demokratie.

Historische Etappen

In der Entwicklung Spaniens nach dem Ersten Weltkrieg lassen sich drei große Etappen unterscheiden:

1) Die revolutionäre Nachkriegskrise zwischen 1918 und 1923.

2) Die Ära der Diktatur des Generals Primo de Rivera in den Jahren 1923 bis 1930.

3) Die Zeit des Sturzes der Monarchie und der Errichtung der Zweiten Republik in den Jahren 1930 bis 1936.

Spanien war im Ersten Weltkrieg neutral geblieben. Gruppen der herrschenden Klassen sympathisierten mit Deutschland und gewährten ihm insgeheim Flottenstützpunkte. Durch Erz- und Lebensmittellieferungen an beide kriegführenden Mächtegruppierungen kam es zu einer zeitweiligen Konjunktur der spanischen Wirtschaft, die aber 1917 abrupt abbrach. Durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des nachlassenden Kriegsbooms und unter dem Einfluss der russischen Revolution nahm 1918/19 die Arbeiter- und Bauernbewegung einen großen Aufschwung, der in Verbindung mit den Autonomiebestrebungen der nationalen Minderheiten (4 Millionen Katalanen, 800.000 Basken) in bewaffneten Erhebungen gipfelte. 1920 gründeten Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes die Kommunistische Partei. Die revolutionäre Volksbewegung schwoll im Zusammenhang mit der erfolglosen Kolonialexpansion in Nordafrika (Niederlagen gegen die Republik der Rifkabylen unter Abd al-Krim 1921) weiter an.

Angesichts der wachsenden Bewegung der Arbeiter und Bauern (bei weiterhin stark anarchistischem Einfluss, besonders in Katalonien), der zunehmenden Stärke republikanischer Strömungen und des Zerfalls der alten politischen Parteien reichten die parlamentarischen Mittel nicht mehr aus, um den Bestand des monarchischen Regimes zu garantieren. Im Einverständnis mit König Alfons XIII. errichtete General Primo de Rivera am 13. September 1923 eine Militärdiktatur. Aber weder durch innenpolitische Repression (Verbot aller Parteien, Erfassung der Arbeiter in „Korporationen“, staatlich gelenkten Zwangsgewerkschaften) noch durch forcierte Kolonialabenteuer (1925/26 spanisch-französische Offensive gegen die Rifrepublik Abd al-Krims) konnte sich die Diktatur endgültig

stabilisieren. Eine demokratische Massenbewegung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise erzwang am 28. Jänner 1930 den Rücktritt Primo de Riveras.

Der Zusammenbruch der Militärdiktatur kündigte auch den Sturz der Monarchie an. Nach dem Sieg der Republikaner bei den Munizipal(Gemeinde)wahlen am 12. April 1931 wurde am 14. April 1931 die Zweite Republik proklamiert, und König Alfons XIII. floh am Tag danach aus Spanien. Diese Ereignisse bildeten den Auftakt zu einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die vorerst aber nur begrenzte Reformen brachte (Teilautonomie für Katalonien, bis 1933 Verteilung von nur 74.000 Hektar Land) und vor dem Widerstand der konservativen Kräfte zurückwich. Die an der Macht befindlichen bürgerlichen Republikaner verloren dadurch rasch die Basis im Volk. Die zeitweilige Schwächung und Desorientierung der republikanischen Kräfte ermöglichte am 19. November 1933 den Wahlsieg der in der katholischen „Spanischen Konföderation der Autonomen Rechten“ unter Führung von Gil Robles organisierten monarchistischen Kräfte.

Gegen die Politik der Regierung Robles, die die wenigen Errungenschaften der Revolution zu beseitigen drohte, entfaltete sich erneut eine proletarische und demokratische Massenbewegung. Zu deren Höhepunkten zählten der große Solidaritätsstreik der spanischen ArbeiterInnen für die Februarkämpfer in Österreich, der Generalstreik vom 5. Oktober 1934, die Ausrufung einer unabhängigen Republik Katalonien und der Aufstand der Bergarbeiter von Asturien. Alle diese Aktionen wurden niedergeschlagen, meistens blutig wie in Asturien, wo es im Oktober 1934 Tausende Tote gab und 30.000 Arbeiter verhaftet wurden. Hier hat sich General Franco erstmals hervorgetan.

Der Sieg der Volksfront

Das entscheidende Ereignis im Vorfeld des Bürgerkrieges waren die Cortes(Parlaments)wahlen vom 16. Februar 1936. Sie endeten mit einem großen Sieg der Volksfrontparteien (Sozialistische Partei, Kommunistische Partei, bürgerliche Linksrepublikaner, katalanische Linke). Die neue Cortes setzte sich aus 277 Abgeordneten der Volksfront, 132 der Rechten und 32 der Mitte zusammen. Die stärkste Fraktion der Volksfrontparteien stellten mit 90 Abgeordneten die Sozialisten; ihnen folgten mit 86 Abgeordneten die bürgerlichen Linksrepubli-

kaner der CEDA; den Rest bildeten Gruppen wie die katalanische Linke und die anarcho-syndikalistische UGT. Die Kommunisten zogen mit 16 Abgeordneten in das Parlament ein.

Die neue Volksfrontregierung garantierte auf der Grundlage der Verfassung von 1931 die Wiederherstellung der Autonomie Kataloniens und begann mit der



Verwirklichung bürgerlich-demokratischer Reformen (Amnestie der politischen Gefangenen, Trennung von Kirche und Staat nebst weiteren antiklerikalen Gesetzen, Landverteilung an 100.000 Bauern, Sozialgesetzgebung, Bildungsreform, Frauenwahlrecht), ohne jedoch die sozialen und politischen Stützen des alten Regimes konsequent zu bekämpfen.

Aber schon das genügte den Generalen, Großgrundbesitzern, der Finanzoligarchie und dem höheren Klerus, einen Feldzug gegen die spanische Demokratie zu eröffnen mit dem Ziel, die Volksfront zu zerschlagen. Dabei fanden sie internationale Hilfe, verdeckt seitens des britischen, französischen, amerikanischen, belgischen und Schweizer Finanzkapitals, offen durch die faschistischen Mächte Deutschland und Italien. Bereits am 12. März 1936 wurde in Berlin von Hitler und Göring dem spanischen General José Sanjurjo volle Unterstützung bei der Verschwörung gegen die Volksfrontregierung zugesagt und von Stunde an verwirklicht. An Stelle des bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Generals Sanjurjo wurden dann die Generale Mola und Franco mit der Leitung des Militärputsches beauftragt, der am 17. Juli 1936 in Spanisch-Marokko und am 18. Juli in Spanien begann und sofort von Italien und Deutschland mit Kriegsmaterial in großem Umfang unterstützt wurde. Dadurch kam es zur Auslösung des national-revolutionären Krieges des spanischen Volkes, der sich sowohl

gegen die faschistisch-monarchistischen Putschisten im Innern als auch gegen die Intervention Mussolini-Italiens und Hitler-Deutschlands richtete.

Der Beginn des Bürgerkriegs

In der Anfangsphase drohte den Putschisten die Niederlage. Die Revolten in Madrid, Barcelona und vielen anderen Städten wurden in kurzer Zeit niedergeworfen. Innerhalb weniger Tage befanden sich drei Viertel des Landes fest in der Hand der Volksfront. Franco gelang es lediglich, in der Provinz Sevilla-Cadiz, in Alt-Kastilien, Navarra sowie in Galicien und einem Teil Aragoniens Fuß zu fassen. Mit enormen Kräften – Mannschaften und Offizieren, Waffen aller Art, Flugzeugen und Kriegsschiffen – kamen Italien und Deutschland Franco zu Hilfe. Am 27. Juli 1936 begannen deutsche Flugzeuge mit dem Transport der konterrevolutionären spanischen Truppen (rund 15.000 Mann) und des Kriegsmaterials (300 Tonnen) von Marokko nach Spanien. Am Höhepunkt der Intervention kämpften ca. 330.000 italienische und 16.000 deutsche Soldaten, ausgerüstet mit modernsten Waffen, auf Seiten der spanischen Reaktion.

Der deutsche und der italienische Faschismus waren politisch an der Zerschlagung der spanischen Volksfront interessiert, weil von ihr ein revolutionierender Einfluss auf Europa auszugehen drohte. Sie brauchten ein faschistisches Spanien als zuverlässigen Verbündeten gegen die Volksfront in Frankreich, die seit 1936 unter dem Sozialdemokraten Léon Blum bestand. Die Intervention diente ferner der Erprobung neu entwickelter Waffen, der Ausbildung der Kader der deutschen wie italienischen Streitkräfte und dem Test neuer Formen der taktischen Kriegführung. Spanien wurde so zum Vorfeld des Zweiten Weltkrieges.

Franco kamen in direkter und offener Form aber nicht nur Deutschland und Italien zu Hilfe. Indirekt wurde er auch durch die so genannte „Nichteinmischungspolitik“ Frankreichs, Großbritanniens und anderer Staaten unterstützt, die Ausdruck der Sympathie des weltweiten imperialistischen Großkapitals für ihn und seine Ziele war.

„Nichteinmischung“

Nun ist Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates einer der wichtigsten Grundpfeiler völkerrechtlicher Prinzipien. Ein Beispiel aber,

wie einer Intervention durch „Nichteinmischung“ Vorschub geleistet werden kann, war die Politik der Westmächte im Nichteinmischungsausschuss während des spanischen Bürgerkrieges.

Am 9. September 1936 wurde ein internationales Nichteinmischungskomitee mit Sitz in London gebildet, dem 27 Staaten angehörten, darunter Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und auch die faschistischen Staaten Deutschland und Italien. Aufgabe des Komitees sollte es sein, dafür zu sorgen, dass sich keine ausländische Macht in die Angelegenheiten Spaniens einmischte. Die Sowjetunion war dem Komitee mit dem Motiv beigetreten, die bereits umfangreiche Intervention Hitler-Deutschlands und Mussolini-Italiens vor der Weltöffentlichkeit aufzudecken und zu sichern, dass durch tatsächliche Neutralität aller Mächte der rechtmäßigen Volksfrontregierung in Spanien die Möglichkeit zum schnellen und vollen Sieg über die Franco-Putschisten gegeben wurde.

Die Vertreter der Westmächte im Nichteinmischungskomitee, darunter auch die in Frankreich seit 5. Juni 1936 amtierende Volksfrontregierung unter Léon Blum, verfolgten hingegen andere Ziele, die an den Taten zu erkennen waren. Frankreich und Großbritannien beschlagnahmten die bei ihnen deponierten Goldbestände der rechtmäßigen spanischen Regierung, entzogen ihr die Möglichkeit, Waffen zu kaufen und Kredite zu erhalten, verboten jegliche Ausfuhr und Transitlieferungen von Kriegsmaterial einschließlich Flugzeugen in die spanische Republik und ebenso die Ausreise von Freiwilligen, die sich in die internationalen Brigaden einreihen wollten. Obwohl die USA formell dem Nichteinmischungskomitee nicht angehörten, betrieben sie mit ihrer so genannten Politik der Neutralität ebenso die Abwürgung des republikanischen Spaniens. Die USA versagten der Volksfrontregierung Waffenkäufe und verboten gleichfalls die Ausreise von Freiwilligen. De facto entpuppte sich also die „Nichteinmischung“ der Westmächte als eine Politik der Nichteinmischung in die Intervention Deutschlands und Italiens in Spanien; sie war eine der Erscheinungsformen der „Appeasement“-Politik gegenüber Hitler und Mussolini.

Internationale Hilfe

Als das offenkundig wurde, erklärte die Regierung der UdSSR am 23. Oktober 1936, dass sie sich nicht mehr an die Vereinbarungen über die Nichteinmischung gebunden fühle. Diese Entschei-

dung war für die Verteidigung der spanischen Republik von großer Bedeutung, stellte doch die Sowjetunion Spanien einen Kredit von 85 Millionen Rubel zur Verfügung und schickte Schiffe mit Lebensmitteln, Medikamenten, Waffen, Flugzeugen und militärischen Beratern. Insgesamt kamen 2500 sowjetische Freiwillige nach Spanien, in der Hauptsache Piloten, Panzerbesatzungen und Stabsoffiziere. Ein weiterer Staat, der die verfassungsmäßige spanische Regierung offiziell unterstützte, war Mexiko.

Am 6. November 1936 begannen die Franco-Truppen eine Offensive gegen Madrid. Die spanische Hauptstadt sollte von vier Kolonnen und einer „Fünften Kolonne“ – faschistischen Anhängern und Saboteuren im republikanischen Hinterland – und unterstützt durch Bombardierungen der Zivilbevölkerung blitzartig erobert werden. Aber Madrid, dessen Stadtrand von den Angreifern bereits erreicht war, leistete erbitterten Widerstand unter der Losung „No pasaran!“ („Sie kommen nicht durch!“). Am 8. November 1936 zogen die ersten Interbrigadisten in Madrid ein und nahmen, unterstützt von den aus der Sowjetunion gelieferten Jagdflugzeugen, an der erfolgreichen Verteidigung Madrids teil. In der Folgezeit wuchsen die Freiwilligen aus allen Teilen der Welt auf ca. 36.000 an, darunter 1390 aus Österreich, Kommunisten, Sozialisten, ehemalige kämpfende Schutzbündler und antifaschistisch Gesinnte, die sich unter oft abenteuerlichen Umständen nach Spanien durchschlugen, um der Volksfrontregierung beizustehen. Sie verkörperten das, was man unter gelebtem Internationalismus zu verstehen hat.



Einem Aufruf der Kommunistischen Partei Spaniens vom 18. Dezember 1936 folgend, wurde von der republikanischen Regierung die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und mit der Bildung einer regulären Armee unter einem einheitlichen Kommando begonnen. Im Februar 1937 brachte die neue spanische Volksarmee die faschistische Offensive am Jaramafluss zum Stehen und versetzte danach den Franco-Truppen und Interventen in offensiven Kämpfen schwere Schläge. Im März 1937 erlitt das italienische faschistische Korps in der Schlacht von Guadalajara eine schwere Niederlage.

Radikale Maßnahmen

Die Erfolge an den Fronten waren in erster Linie der Radikalisierung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung unter den Kabinetten Largo Caballero und Negrin geschuldet. Auf dem Lande entstanden Agrargenossenschaften; der Grund und Boden von Feinden der Republik wurde enteignet; es kam zur Schaffung einer staatlich gelenkten Industrie und zur Arbeiterkontrolle in den Betrieben; der Klerus wurde entmachtet; die Lösung der nationalen Frage wurde vorangetrieben (weitgehende Autonomie für Katalonien und das Baskenland). Der



Übergang zu einer Revolution volksdemokratischen Typs setzte ein.

Hitler und Goebbels, wohl wissend, was trotz aller Gegensätze zwischen ihnen und den Kapitalisten sonst wo auf der Welt die gemeinsame Grundlage bildete – nämlich der Antikommunismus – schossen gegen die Maßnahmen der spanischen Volksfrontregierung aus vollen Rohren und stellten sie als Bedrohung von Christentum, Konservatismus, Nationalismus und abendländischer Zivilisation durch den „gottlosen Bolschewismus“ hin. Gegenüber den „Beschwichtigungsmächten“ Großbritannien und Frankreich strichen sie hervor, dass die Sowjetunion nun in Spanien daran gehe, jenseits ihrer Grenzen Fuß zu fassen und nur ein nationalsozialistisches Deutschland imstande sei, als Bastion Europas gegen die sowjetische Aggressivität zu fungieren.

Trotz barbarischer Kriegführung mit Bombenangriffen auf schutzlose Städte, z.B. auf Guernica am 26. April 1937 durch Hitlers „Legion Condor“, konnte der Kampfeswillen des spanischen Volkes nicht gebrochen werden. Auch in den folgenden großen Schlachten bei Brunete (Juli 1937), in Aragon (Ende August bis Anfang Dezember 1937) und bei Teruel (Mitte Dezember 1937 bis Anfang März 1938) erreichten Franco und seine Verbündeten ihre Ziele nicht.

Die Lage der Republik verschlechterte sich erst, als die Faschisten dank der ge-

waltigen Waffenüberlegenheit, die sie, begünstigt durch die Nichteinmischungspolitik der Westmächte, erlangten, am 15. April 1938 ans Mittelmeer vorstoßen konnten und dadurch das Territorium der Republik in einen nördlichen (Katalonien) und einen südlichen Abschnitt (Provinzen Madrid, Valencia, Alicante, Murcia, Albacete) zerschnitten.

Die letzte große Schlacht begann im Juli 1938 am Ebro. Innerhalb weniger Tage rang die Volksarmee den Franco-Truppen 600 Quadratkilometer Territorium ab. In einer Gegenoffensive von über zwei Monaten gelang es den Faschisten dank ihrer Waffenüberlegenheit (15:1 bei schweren Geschützen, 10:1 bei leichten Geschützen, 15:1 bei Bombenflugzeugen und 10:1 bei Jagdflugzeugen), die verlorenen Positionen am Ebro wieder zu besetzen.

Ende und Ausblick

Damit neigte sich der spanische Bürgerkrieg seinem Ende zu. Im September 1938 wurden die internationalen Brigaden von den Fronten zurückgezogen. Die republikanische Regierung Negrin folgte damit einem Beschluss des Völkerbundes, der den Abzug aller ausländischen Soldaten und Offiziere aus Spanien forderte – in der irrigen Hoffnung, dass daraufhin auch die faschistischen Mächte ihre Intervention einstellen würden.

Am 26. Jänner 1939 fiel Barcelona, am 28. März 1939 marschierten Francos Truppen in Madrid ein. Damit endete der spanische Bürgerkrieg mit einem faschistischen Sieg. Bereits am 27. Februar 1939 hatten Frankreich und Großbritannien die diplomatischen Beziehungen zur rechtmäßigen Regierung Spaniens abgebrochen und die Regierung Franco anerkannt. Das Nichteinmischungs-komitee in London löste sich im Frühjahr 1939 auf. Die Anerkennung Francos durch die USA erfolgte am 1. April 1939.

Der Krieg in Spanien forderte 500.000 bis 600.000 Tote, darunter 300.000 bis 400.000 vom Franco-Regime zwischen 1936 und 1944 ermordete republikanische Gegner. An die 1,5 Millionen Menschen wurden verhaftet und in Gefängnisse geworfen. Spanien erlebte unter Franco einen brutalen Terror wie nie zu-

vor in seiner Geschichte, nur vergleichbar mit der Zeit der Inquisition mit ihren Autodafés. Es hinterließ ein psychisches Trauma in der spanischen Gesellschaft, das bis heute anhält und dessen Symptome der Schriftsteller Erich Hackl in einem jüngst veröffentlichten Artikel eindringlich dargestellt hat.⁴

Franco-Spanien, das sich zwar am Zweiten Weltkrieg nicht beteiligte, Hitlerdeutschland aber in anderer Weise half (Stützpunkte für die deutschen U-Boote, Entsendung der „Blauen Division“ beim Feldzug gegen die Sowjetunion), war neben Salazar-Portugal das einzige faschistische Regime in Europa, das das Jahr 1945 unbeschadet überstand. Die heimliche Unterstützung, das es seitens des westlichen Großkapitals seit jeher gefunden hatte, setzte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges offen fort, diesmal unter US-amerikanischer Ägide. Erst nach Francos Tod im November 1975 kam es in Spanien zu einer Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie.

Der Kampf des spanischen Volkes in den Jahren 1936 bis 1939 war nicht vergebens, wie überhaupt der Kampf gegen den Faschismus niemals vergebens sein kann. Die internationale Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte lernten daraus, wie man sich besser für den antifaschistischen Kampf rüsten kann. Die Solidaritätsaktionen der Völker für die spanische Republik trugen dazu bei, die spätere Anti-Hitler-Koalition vorzubereiten und damit den Weg zum Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg zu ebnen.

Gering veränderter Auszug aus dem Lehrveranstaltungszyklus „Geschichte Europas im Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945“, den der Autor über mehrere Jahre an der Universität Linz gehalten hat.

Anmerkungen:

1/ Baskisch ist eine Sprache, die mit keiner anderen in Europa verwandt ist und nicht zur Gruppe der indogermanischen Sprachen zählt. Vermutlich sind die Basken Nachfahren der iberischen Urbevölkerung.

2/ Die Sprache der Katalanen ist eine Mischform aus spanisch und einem französischen Dialekt, dem Provenzalischen. Sie wird in Katalonien mit seiner Hauptstadt Barcelona und auf den balearischen Inseln gesprochen. Katalonien war und ist das am meisten industrialisierte und wirtschaftsstärkste Gebiet Spaniens.

3/ Die Galicier in Nordwestspanien sind mit den Portugiesen sprachlich verwandt.

4/ Erich Hackl, In einem und im andern Land, in: Die Presse, Spectrum, 10. März 2006, S. I bis III.

Gemeinsamen Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft und der KPÖ Steiermark

Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern?

Zum 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes in Österreich



Ort des Symposiums: Leoben
Kongresszentrum im Alten Rathaus

Freitag, 23. Juni 2006, 19.00

Podiumsdiskussion mit fünf VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Arbeitswelt

Samstag, 24. Juni 2006, 9.30–18.30

Symposium mit acht ReferentInnen aus Politik, Wissenschaft und Arbeitswelt mit allgemeiner Diskussion nach jedem Referat (Das genaue Programm wird rechtzeitig bekannt gegeben.)

Am 26. Juli 1946 verabschiedete der Österreichische Nationalrat einstimmig das 1. Verstaatlichungsgesetz. Mit diesem Gesetz wurden die damaligen drei österreichischen Großbanken, der Bergbau, die Erdölförderung und -verarbeitung, die Hüttenindustrie sowie Großbetriebe der Maschinen- und Metallindustrie, des Fahrzeugbaus, der Elektroindustrie und chemischen Industrie verstaatlicht. Das 2. Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947 führte, mit Ausnahme kleiner Stromliefere-

ungsunternehmen, die gesamte Elektrizitätswirtschaft in staatlichen Besitz über. Österreich stand damit, was den Anteil des staatlichen Sektors an der Gesamtwirtschaft betraf, unter den entwickelten kapitalistischen Ländern weltweit an erster Stelle, vor Großbritannien, Frankreich, Italien und anderen Staaten, die nach 1945 ebenfalls eine Verstaatlichungswelle erlebten.

Das Thema des Symposiums hat zunehmend aktuelle Bedeutung, ist doch seit geraumer Zeit eine Trendumkehr weg vom öffentlichen Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand hin zu dessen (Re)Privatisierung zu beobachten. Gegenwärtig äußert sich das in der Auseinandersetzung zwischen den Belegschaftsvertretern und dem ÖIAG-Management um die Privatisierung der österreichischen Post AG, bei der erneut die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit,

der SteuerzahlerInnen und ArbeitnehmerInnen auf der Strecke zu bleiben drohen.

Auf dem Symposium sollen daher nicht nur die insgesamt positiven Wirkungen der Verstaatlichung auf die Entwicklung der 2. Republik dargelegt, sondern auch Möglichkeiten aufgezeigt und diskutiert werden, die verbliebenen Sektoren des öffentlichen Eigentums zu erhalten, die Privatisierungswelle zu stoppen und eine Gegenoffensive mit dem Ziel der Erweiterung des öffentlichen Eigentumsbereichs in Gang zu bringen.

Thematische Schwerpunkte des Symposiums werden u.a. sein: Warum kam es in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zu derart umfangreichen Verstaatlichungen? Welche Auswirkungen hatten sie auf die soziale Lage der gesamten österreichischen Arbeiterschaft? Was bedeutet Verstaatlichung und öffentliches Eigentum im kapitalistischen System grundsätzlich, von der ökonomischen und politischen Warte aus und aus marxistischer Sicht? Warum bekämpft das private Großkapital das staatliche und kommunale Eigentum, lässt es sich aber unter bestimmten Umständen gefallen und kann damit durchaus leben? Was waren die Ursachen der „Krise“ der verstaatlichten Industrie in den 1980er Jahren und des danach einsetzenden Beginns ihrer Zerschlagung? Welche Rolle spielte die ÖIAG bei der Reprivatisierung seit den 1990er Jahren und spielt sie heute? Welche Rolle kommt dabei der EU und den EU-Richtlinien in Sachen Liberalisierung der Märkte und Privatisierung seit dem Beitritt Österreichs 1995 zu? Welche Auswirkungen hatten und haben (Re)Privatisierungen auf die Belegschaften der Betriebe des staatlichen und kommunalen Sektors? Welche Strategien sind vom Standpunkt der Verfechtung der Interessen der arbeitenden Menschen gegen die Betreiber und Nutznießer der (Re)Privatisierung zu entwickeln?

Für InteressentInnen aus Wien organisiert die AKG einen Bustransfer. Abfahrt aus Wien am frühen Morgen des Samstag, 24. Juni 2006; Rückfahrt nach dem Ende des Symposiums. Unkostenbeitrag: 10.– Euro. Anmeldungen erbeten bis 10. Juni 2006 unter klahr.gesellschaft@aon.at oder unter 01/982 10 86/12.

KPÖ BILDUNGSVEREIN

KPÖ Bildungsverein Steiermark, Herrngasse 16, 8010 Graz

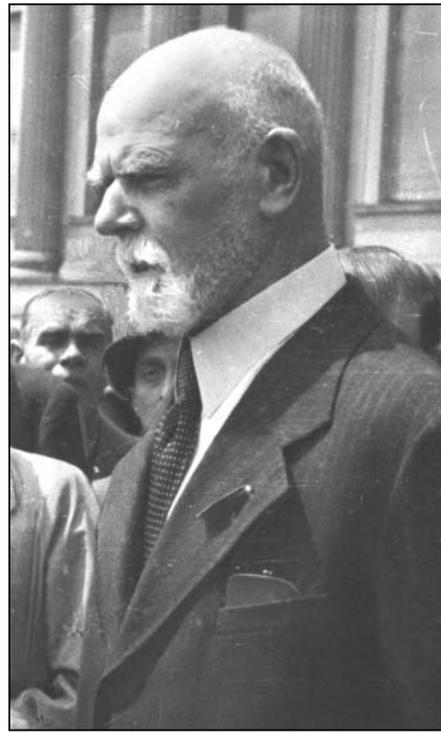
Hans Zeisel über das Rote Wien als historische Anomalie

EINE ARCHIVALISCHE NOTIZ VON GERHARD OBERKOFER

Hans Zeisel (1905–1992), der dem intellektuellen sozialistischen Milieu Wiens angehört und zusammen mit Marie Jahoda (1907–2001) und Paul Lazarsfeld (1901–1976) an der berühmt gewordenen Studie über die Arbeitslosen von Marienthal mitgearbeitet hatte, wurde 1938 als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei in Wien in die Emigration getrieben.¹ Seit 1953 war Zeisel als Professor an der University of Chicago School of Law tätig. Gelegentlich korrespondierte er mit Christian Broda (1916–1987), wobei die Initiative dazu von Christian Broda ausgegangen ist. Zeisel schätzte an Broda vor allem dessen Einsatz im Kampf gegen die Todesstrafe. In diesem Zusammenhang machte er Broda darauf aufmerksam, dass die „grossartige Verteidigungsschrift“ für Nicola Sacco (1891–1927) und Bartolomeo Vanzetti (1888–1927) von dem aus Wien stammenden damaligen Harvard Professor Felix Frankfurter (1882–1965) verfasst wurde.

Anfang 1976 übermittelte Zeisel an Broda die Kopie seines Briefes an Ilona Duczynska (1897–1978), die Ende 1975 das von Friedrich Heer (1916–1983) bewortete Buch „Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der

Gewalt“ (München 1975, 382 S.) herausgebracht hatte. Duczynska zitiert darin auch Norbert Leser (*1933), der in diesen Jahren als sozialdemokratischer Hauptinterpret sozialdemokratischer Ge-



Theodor Körner (1873–1957)

schichte mit opportunistischer katholischer Attitüde behandelt wurde. Zeisel teilt weder die Einschätzung von Duczynska noch jene von Leser in Bezug auf die historische Rolle des ihm sympathischen Theodor Körner (1873–1957) und von Otto Bauer (1881–1938). Der bewaffnete Kampf 1934 war nach seiner Auffassung auf Grund der historischen Situation überhaupt ohne jede Chance. Das war allerdings auch die Auffassung von Körner selbst gewesen, weil dieser als hoch qualifizierter Militärfachmann die wenigen Möglichkeiten des isoliert als Schutzbund agierenden sozialistischen Kellerarmees realistisch einschätzen konnte.

Der hier abgedruckte, im Original maschinengeschriebene und eigenhändig mit „Hans“ unterfertigte Brief von Hans Zeisel vom 27.1.1976 mit offiziellem Briefkopf „The University of Chicago. The Law School. 111 East 60th Street. Chicago – Illinois 60637“ an Ilona Duczynska ist im Nachlass von Christian Broda in der Österreichischen Nationalbibliothek als Kopie überliefert. Für Broda hat Zeisel die im Brief erwähnten „Karli“ und „Kari“ handschriftlich am Schluss der Kopie erläutert.

Liebe Ilona,

sehr schönen Dank für den Demokratischen Bolschewik, unzweifelhaft ein wichtiger Beitrag zur Biographie Körners und der sozialdemokratischen Partei in der kritischen Zeit zwischen dem 15. Juli 1927 und der vorläufigen Vernichtung in 1934. Dich freilich interessiert die grössere Frage: Hätte die Partei nicht nach Körners Plan handeln sollen? Die Widmung an alle, „die im ungebrochenen Glauben an die .. Revolution .. gestorben sind“, lässt keinen Zweifel über Deine Stellung. Du rührst damit an die Grundfrage des Aufstiegs und des temporären Endes der österreichischen Sozialdemokratie, und der gewaltsamen Revolution überhaupt.

Das Buch ist Dein Versuch, die bisher missglückte Synthese zwischen Demokratie und Bolschewismus als möglich erscheinen zu lassen.

Die Bolschewiken haben die Demokratie nicht eingeführt und die Demokratien (die österreichische par excellence) haben sich im entscheidenden Moment gegen die Bürgerkrieg entschieden.

Deine Lösung: Wenn nur die Bolschewiki Bauers Hoffnung auf Demokratisierung erfüllt hätten; wenn nur Bauer seinem Linzer Programm treu geblieben und auf Körners Rat gehört hätte.

Es ist die Frage, die uns alle, oder wenigstens die unter uns, die zwischen 1918 und 1938 österreichische Sozialisten waren, immer wieder bewegt. Die Frage: Welchen Sinn hatte es, mit dem bewaffneten Widerstand zu drohen, wenn er sich im entscheidenden Moment nicht erhob?

Weder Du, und in diesem Punkt Dein Gefährte Norbert Leser, haben keinen Zweifel an Bauers Schuld. Leser: Die Position macht nie Sinn. Du: Warum hat er im kritischen Zeitpunkt nicht nach dem Programm gehandelt, wenn der einzige wirkliche Kriegsfachmann. Ein Mann von grosser menschlicher Lauterkeit, ihm dazu riet?

Ich teile weder Lesers noch Deine Meinung. Das Wunder des „Roten Wiens“, das in der Geschichte, wie es Karli* richtig voraussagte, einer der Höhepunkte der menschlichen Zivilisation bleiben wird, wäre ohne die von Euch gerügte Anomalie nicht denkbar gewesen. Das rote Wien war selbst eine Anomalie: Beispielgebend sozialistische Taten und Ideen wuchsen auf einer Insel, die umgeben war von zwei feindlichen Meeren: Dem seichteren Meer der christlich – sozialen Länder, und den Ozeanen der faschistischen Welt: Ungarn, Italien und Deutschland.

Nur die eschatologische Hoffnung auf einen Endsieg unter allen Umständen hat dieses menschliche, soziale und politische

Wunder zustandegebracht (soviel für Leser). Für Dich: Ein Bürgerkrieg wäre ein noch grösseres „Ruhmesblatt“ in der Geschichte der österreichischen Sozialisten gewesen, aber das Ergebnis wäre dasselbe geblieben. Dies war politisch unabwendbar; Körner sah nicht so weit; und Bauer hat es wohl immer gewusst, nur hoffte er, es würde nicht dazu kommen.

Ich habe mich oft gefragt, wie es gewesen wäre, wenn Otto Bauer etwas von der einfacheren und direkten menschlichen Anziehungskraft Viktors Adlers² gehabt hätte (die übrigens auch Körner hatte). Das Ende wäre dasselbe gewesen. Die Seipels³ und Dollfusse⁴ waren in Wirklichkeit schäbige und kleine Erscheinungen. Sie hätten die Sozialdemokraten unter Viktor Adler ebenso gehasst und sich ebenso gegen sie mit Ungarn und Italien verbündet.

Und ob Dein allgemeiner Glaube an die gewaltsame Revolution für richtige Ziele gerechtfertigt ist, lässt sich noch nicht sagen: Die Geschichte hat noch kein eindeutiges Urteil gesprochen. Ich bin nicht sicher, dass die Sowjetunion und ihr Ostblock heute politisch, kulturell, wirtschaftlich (zusammengefasst: „sozialistisch“) nicht besser daständen, wenn die Menschewiki gewonnen hätten. Ich neige zum Ja-Sagen.

In jedem Fall hast Du ein wichtiges und schönes Buch geschrieben. Grüss Kari**, was sind ihre Gedanken und Pläne?

Alles Liebe

Hans m. p.

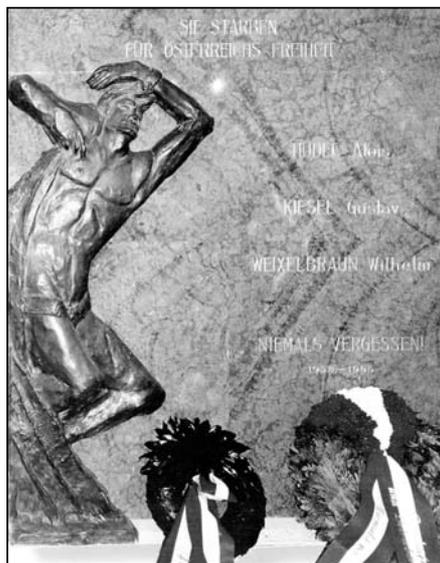
*Karl Polanyi⁵

** Ihre Tochter

P.S. Noch eines: Ich glaube nicht, dass Körner sich selbst einen demokratischen Bolschewiken genannt hat. Das war nicht seine Sprechart. Es klingt mehr nach Ernst Fischer⁶, der dies berichtete.

Eine Gedenktafel konnte vor dem Verschwinden gesichert werden

Auf Initiative des ehemaligen wissenschaftlichen Leiters der Alfred Klahr Gesellschaft und jetzigen Vorstandsmitglieds Dr. Willi Weinert konnte die Gedenktafel für drei hingerrichtete Widerstandskämpfer, die sich im alten Gebäude der Österreichischen Staatsdruckerei am Rennweg befand, gesichert und in das neue Betriebsgebäude der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien 23, Tenschertgasse, transferiert werden.



Das 1963 an Stelle einer Gedenktafel für die Opfer der kommunistischen Betriebszelle in der Staatsdruckerei errichtete Denkmal wurde von Leopold Grausam geschaffen und würdigt die Buchdrucker Alois Hudec (1914–1943), Gustav Kiesel (1907–1943) und Wilhelm Weixelbraun (1896–1943), die zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht enthauptet wurden. Sie waren Mitglieder einer größeren kommunistischen Widerstandsgruppe, in der auch andere Widerstandskämpfer integriert waren und deren Materialien ebenso in anderen Betrieben verteilt worden sind.

An der Gedenkfeier, die am 25. November 2005 stattfand, nahmen Personen des öffentlichen Lebens teil, u.a. der Präsident der Arbeiterkammer Herbert Tumpel. Nach einleitenden Worten des Generaldirektors Reinhart Gausterer und des Betriebsratsvorsitzenden Willibald Authried sprach der in Vertretung des Bundespräsidenten Heinz Fischer anwesende Präsident DDR. Ludwig Adamovic Worte des Gedenkens. Danach führte Willi Weinert aus:

Werte Anwesende!

Bevor ich Ihnen einige Gedanken nahe bringen möchte, ist es mir ein Bedürfnis, einigen Menschen zu danken, denn was im Zusammenhang mit der Transferierung des Denkmals vom Rennweg in die Tenschertgasse geschehen ist, sollte nicht als selbstverständlich verstanden werden.

Ich möchte zuerst den Herrn Roland Pomajbik nennen, der als Bauleiter des nun am Areal der ehemaligen Staatsdruckerei entstehenden Hotels das Denkmal gesichert hat. Dass Herr Kurt Scholz ein offenes Ohr für mein Anliegen hatte, das Denkmal von den Fachleuten der Wiener Steinmetzbetriebe demontieren und hier wieder aufstellen zu lassen (diese Anregung erhielt ich von Herrn Leopold Grausam, dessen Vater das Denkmal geschaffen hat), möchte ich ganz besonders hervorheben. Er kontaktierte Herrn Erhard Rauch, den Leiter der MA 43, der damit einverstanden war, dieses Denkmal durch Herrn Hopf und seine Fachleute fachgerecht ab- und hier wieder aufbauen zu lassen. Dass Herr Willibald Authried, der Betriebsrat der Staatsdruckerei, für diese Wiederaufstellung sogleich Feuer und Flamme war, ließ eine Idee zur Wirklichkeit werden. Ihnen allen sei nochmals gedankt.

Es wird sich nun mancher die Frage stellen, wieso es überhaupt möglich war, dass die Staatsdruckerei vor einigen Jahren aus ihrem Stammhaus am Rennweg ausgezogen ist, ohne dieses Denkmal, das ja Teil ihrer eigenen Geschichte ist, mitzunehmen. Mehr noch stellt sich die Frage, wieso dann die ÖIAG, in deren Besitz diese Immobilie gekommen war, recht bald nach dem Auszug der Staatsdruckerei das Haus mit diesem Denkmal in der Eingangshalle, einfach weiterverkaufte.

Hier, so meine ich, spiegelt sich recht deutlich und symptomatisch ein fehlendes Bewusstsein für jenen Abschnitt der österreichischen Geschichte wider, von dem die offizielle österreichische Nachkriegsgeschichte geprägt war und geprägt ist. Dass diese Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer nach dem Krieg für Jahrzehnte in der offiziellen Erinnerungskultur ausgeklammert waren, hat viele Ursachen. Eine davon liegt bestimmt auch in der Tatsache begründet, dass sich mehr von diesem nazistischen Geist in der Bevölkerung erhalten hat, als man sich eingestehen

Anmerkungen:

1/ Darüber schreibt Zeisel selbst in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft II. Wien – München 1988, S. 328–331.

2/ Victor Adler (1852–1918)

3/ Ignaz Seipel (1876–1932)

4/ Engelbert Dollfuß (1892–1934)

5/ Karl Polanyi (1886–1964)

6/ Ernst Fischer (1899–1972)

will. Und dieser Ungeist wurde auch von der Intelligenz, an Schulen und Hochschulen und anderswo tradiert.

Erst unlängst erschien ein Buch, das Auskunft darüber gibt, wie NS-Belastete sogar in die österreichischen Sozialdemokratie integriert wurden; und dabei handelt es sich nicht um Menschen vom Typ des uns allen bekannten Herrn Karl.

Dass man Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, die überlebt hatten, seitens der Republik mehr als schmächtig behandelt hat, ist belegt. Man gab ihnen den so genannten Opferausweis, der mit minimalen Vergünstigungen verbunden war. Dass man diesen, aus Angst vor heftigen Reaktionen, wenig benützte, weiß ich noch aus den Erzählungen meiner Eltern. Sie sind bereits 1941 wegen

kommunistischen Hochverrats zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie haben in den verschiedensten Gefängnissen überlebt. Mein Vater sogar den amerikanischen Bombenangriff auf das Grazer Gefängnis Karlau im Februar 1945.

Das Wort Vaterlandsverräter war keine seltene Ausnahme, was sich die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer sagen lassen mussten. Im Gegensatz zu den Österreichern in der Naziwehrmacht und ihren Hinterbliebenen, mussten sie um minimalste Entschädigungen kämpfen. Von einer Anerkennung ihrer Leistungen zur Befreiung vom Nazifaschismus durch die Gesellschaft kann nicht gesprochen werden. Und nach wie vor ist es in diesem Österreich nicht möglich, dass z.B. die Todesurteile gegen österreichische Wehrmachtssoldaten, die aus dieser Terrorarmee desertierten, als null und nichtig erkannt werden.

So genannte Belastete hatten es da kommoder und erlangten recht bald wieder ihre ehemaligen Positionen. Wo nach 1945 Antifaschisten Nazis ersetzten, wie in der Polizei, wurden sie recht bald wieder hinausgesäubert und durch erstere ersetzt. Die Kontinuität einer Geisteshaltung war damit gewährleistet. Dieses Österreich hatte ganz offensichtlich weniger Probleme mit ehemaligen Nazis als mit Antifaschisten. Antifaschistische Denkmäler waren – sieht man von wenigen Ausnahmen, wie dem am Wiener Zentralfriedhof ab – nicht etwas, was

dem offiziellen Österreich ein Anliegen war. Wie anders doch der Umgang in Ländern wie Jugoslawien, Italien oder

fektionierung des Mordens, der zum Massenmord wurde, dem dann in größter Zahl Juden unterschiedlichster Nationalität zum Opfer fielen. Ich habe den Eindruck, dass in den letzten Jahrzehnten aber der Mord an den aktiven Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in den Hintergrund gedrängt wird und der Faschismus auf die Verfolgung und Ermordung der Juden reduziert wird. Der Massenmord wird zum Judenmord, zum kaum erklärbaren Holocaust; andere Opfer werden nahezu ignoriert, der politische, organisierte Widerstand wird negiert. Belege dazu gibt es immer wieder.



von links: Generaldirektor Reinhart Gausterer, Betriebsratsvorsitzender Willibald Authried, Willi Weinert, sowie Leopold Grausam, der Sohn des Denkmalschöpfers.

Frankreich. Wo Denkmäler in einem kurzen Zeitraum nach 1945 entstanden, gingen sie meistens auf die Initiative von Kampfgefährten zurück, die zu ihrer Maxime machten: Niemals vergessen!

Auch dieses Denkmal in der Staatsdruckerei aus dem Jahr 1963, das übrigens eine Gedenktafel aus dem Jahr 1948 ersetzte, war der Initiative überlebender Widerstandskämpfer geschuldet. Dass es nun von einigen Zufälligkeiten begleitet, hier wieder aufgestellt werden konnte, und nicht wie zahlreiche andere Denkmäler und Gedenktafeln in den letzten Jahrzehnten sang und klanglos entsorgt worden ist, sollte zur Freude Anlass geben.

Aber wenn á la longue verhindert werden soll, dass noch existierende Gedenktafeln und Denkmäler verschwinden, müsste dringend etwas unternommen werden. Meiner Meinung nach müssten sie ausnahmslos und en bloc unter Denkmalschutz gestellt werden. Vielleicht eine Anregung für den Kulturstadtrat, diese Lösungsmöglichkeit zu überprüfen. Nur so erhielten diese Zeugnisse den ihnen gebührenden Schutz und könnten der Nachwelt verlustfrei erhalten bleiben. Damit auch kommende Generationen daran erinnert werden, dass es in Österreich Menschen gegeben hat, die unter extremsten Bedingungen den aufrechten Gang gingen, bereit waren, mit all ihrer Kraft für eine gerechte Sache einzutreten.

Sie taten dies, und das sollte niemals vergessen werden, im Angesicht der Per-

Vor dem Sommer gab es z.B. eine Ausstellung im Nestroyhof zu „Frauen im Widerstand“, in der

diese aktiven Widerstandskämpferinnen und Partisaninnen dezidiert dem „Holocaust“ unter- bzw. zugeordnet wurden. Und unlängst konnte man in der Beilage „Spectrum“ der *Presse* im Zusammenhang mit der an der Volksoper aufgeführten Oper „Sophies Choice“ bereits im ersten Satz eines Artikels über „Die Leiden eines nichtjüdischen Holocaustopfers...“ lesen.

Tatsache ist: Die ersten von den Nazis in Deutschland, und dann nach der Annexion in Österreich verfolgten, oft viehisch gequälten und ermordeten Opfer waren jene, die organisierten Widerstand gegen das Regime ausübten. Die einerseits versuchten, das Meinungsmonopol der Nazis durch die Herstellung von illegalen Flugblättern und Zeitungen zu durchbrechen, und die andererseits Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen übten und für diese Geld sammelten. Durch sie – und es waren nicht nur in Österreich mehrheitlich Kommunistinnen und Kommunisten bzw. Menschen, die sich in deren Reihen einordneten, die organisierend an der Spitze des Widerstandes standen – sah sich das Naziregime aufs Äußerste bedroht. Mit einer Brutalität sonder gleichen, und sich von Jahr zu Jahr steigend, wurde dem Widerstand im wahrsten Sinne des Wortes der Kopf abgeschlagen. Noch bis wenige Wochen vor dem Ende des Mörderregimes wurden Frauen und Männer unter das Fallbeil gezwungen.



Alois Hudec
Gustav Kiesel
Wilhelm
Weixlbraun

Erst unlängst lernte ich eine Frau kennen, die als 16-jähriges Mädchen gemeinsam mit ihrer Mutter im November 1944 in Klagenfurt verhaftet worden ist und die Hinrichtung ihrer Mutter im Dezember erleben musste. Heute, mehr als 60 Jahre später, hat sie dieses Geschehen noch immer nicht verarbeitet, und ist in ständiger psychotherapeutischer Behandlung. Und ob Sie es glauben oder nicht, erst seit einiger Zeit werden diese Behandlungen von der Krankenkasse anerkannt und bezahlt. Auch das eine Facette des Umgangs unserer Gesellschaft mit jenen, die im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf im Kampf um ein freies, demokratisches Österreich hingehalten haben. Diese Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer haben sich nie als Heldinnen oder Helden verstanden. Obwohl rückblickend ihr Wirken als heldenhaft zu bezeichnen wäre. Sie waren eine Minderheit, die auf Grund ihrer gesellschaftspolitischen Einsicht geradezu zwingend es als ihre Verpflichtung verstand, gegen dieses Regime anzukämpfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an diesen bekannten Spruch des deutschen Pastors Martin Niemöller erinnern, worin er die Notwendigkeit des Widerstandes hervorgehoben hat. Er schrieb: *Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.*

Es gab sie aber, die Menschen, die Position bezogen, die kämpften. So wie diese drei, denen dieses Denkmal gewidmet ist. Und trotzdem wäre nichts un-

richtiger, als ihr Wirken zu verklären, sie von der Realität abgehoben zu sehen, sie als Wesen der besonderen Art zu verstehen. So eine Herangehensweise würde ja all jene exkulpieren, die tatenlos dieses Regime akzeptierten, so, als wäre Widerstand unmöglich gewesen. Sie als – wenn auch außergewöhnliche – Menschen zu begreifen, die bereit waren, für eine gerechte Sache ein- und gegen das Naziregime aufzutreten, sollte nachgeborenen und zukünftigen Generationen zur Richtschnur dienen.

Friedrich Heer formulierte vor mehr als 50 Jahren, bei einer Gedenkfeier für einen hingerichteten jungen Widerstandskämpfer, dass es darum geht, aus diesem Sterben die Kraft zu gewinnen, um Widerstand zu leisten, auch einer scheinbar allmächtigen Machtmaschine gegenüber, und die Hoffnung zu schöpfen, dass es immer wieder Menschen geben möge, für die ihr Gewissen entscheidender ist als die Furcht und Angst. Auch wenn das Wirken dieser Österreicherinnen und Österreicher nicht massenwirksam wurde, so repräsentieren sie doch das bessere Österreich. Die Erinnerung an sie spielte nach 1945 und leider bis heute im öffentlichen Bewusstsein eine untergeordnete Rolle. Möge die Erhaltung dieses Denkmals ein kleiner Beitrag dazu sein, dass die Erinnerung an sie und ihren Widerstandskampf wach gehalten wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Georg Tidl: Streuzettel. Illegale Propaganda in Österreich 1933–1939. Wien: Löcker 2005, 195 S., 19,80 Euro

Der Autor legte eine in seinen Besitz gekommene Sammlung von Streuzettel einer kleinen Arbeit zu Grunde, die unlängst im Wiener Löckerverlag erschienen ist. Um es zu präzisieren: es handelt sich um Streuzettel der illegalen NSDAP sowie der illegalen SDAPÖ, RS und KPÖ, somit um Agitationsmaterial, das im Zeitraum 1933–1938 in großer Stückzahl in Österreich verbreitet wurde. (Auch einige Exemplare von „legalen“ Streuzetteln werden vorgestellt.)

Streuzettel sind, wie aus der Bezeichnung schon ableitbar ist, in der Regel kleine Papierstücke (die aber durchaus auch das Format A6 haben konnten), die die Urheber mit Losungen versahen (handbeschrieben, hektografiert oder bedruckt) und in mehr oder weniger großen Anzahl verbreiteten.

Die Streuzettel stellten einen Teil der illegalen Propaganda der Arbeiterbewe-

gung (und nur auf diese soll hier Bezug genommen werden) dar. Die Arbeiterbewegung, deren „legale“ Artikulationsmöglichkeiten mittels ihrer Zeitungen (z.B. der *Roten Fahne*, dem Zentralorgan der KPÖ) bereits 1933, wie bei der KPÖ, beschnitten und nach den Februarkämpfen 1934 restlos entzogen wurde, musste auf diese Situation reagieren. Sie tat es mittels der nun „illegal“ produzierten Zeitungen, Broschüren, Flugblätter und eben dieser Streuzettel. Wengleich die Auflagen dieser recht unterschiedlich gestalteten Streuzettel in die Millionen ging, kann ich mich der Meinung des Autors nicht anschließen, der meint, sie würden das „charakteristische ... und einzige Massenkommunikationsmittel politischer Parteien in der Illegalität“ gewesen sein. Mit scheint der von ihm herangezogene Schluss von der Auflage zur



Behauptung eines „Massenkommunikationsmittel“ nicht gerechtfertigt zu sein. Ein Argument, das dagegen spricht, ist die Form der Verbreitung, die jeweils nur punktuell erfolgte; d.h., jemand warf an einer bestimmten Stelle Streuzettel, und das konnten einzelne Exemplare bis höchstens ein oder zwei Hände voll gewesen sein. Diese Streuzettel, die am Boden zu liegen kamen, konnten dann nur in ihrer geringeren Zahl von Passanten aufgehoben und gelesen worden sein, so es sich nicht sowieso nur um Zettel mit den Symbolen der Arbeiterbewegung (Drei Pfeile, Sichel und Hammer oder Roter Stern) gehandelt hat. (Der Autor spricht selbst davon, dass das Aufheben und Mitnehmen gar nicht beabsichtigt war. Was aber bei Streuzettel mit Text wohl nicht möglich war, denn die konnte man nur lesen, wenn man sie näher ans Auge führte.) Somit gelangten diese zwar in Millionauflage produzierten Streuzettel doch nur an einen wesentlich beschränkten Kreis von Menschen, denen zufällig so ein Streuzettel in die Hände fiel. Und diesen Menschen wurde i.d.R. nur eine kurze Losung vermittelt, wie z.B.: „Heraus zum 1. Mai“, „Hakenkreuz ist Hungerkreuz“ u.ä.m.

Ich meine, dass die Streuzettel dafür verwendet wurden, um durchaus auch den nicht den Arbeiterparteien zuzählenden Schichten (sowie auch der

Exekutive, die ja in vielen Fällen damit befasst war, die Streuzettel aus dem Verkehr, sprich dem Zugriff von Passanten zu ziehen) zu zeigen, dass trotz Verbot die Arbeiterparteien (im Untergrund) existieren und aktiv sind, weniger aber, um mit den eigenen Parteigängern zu „kommunizieren“, wie der Autor annimmt.

Wesentlich effizienter, weil gezielter kolportiert und z.T. verkauft (!), waren da die illegalen Zeitungen der Arbeiterbewegung, die illegalen Broschüren und

natürlich die Vielzahl der Flugblätter. Hier kann wahrlich von einer „Kommunikation“ gesprochen werden; damit wurden die politisch bewussten und aktiven Menschen erreicht. Mit diesen Medien konnten Inhalte und Analysen verbreitet werden.

Der Autor vermittelt dem Leser einen Einblick in Herstellung und Vertrieb von Streuzettel, zitiert auch immer wieder aus den Akten der gerichtlichen Verfolgung und Aburteilung von Personen, die damit befasst waren. In der Folge beschreibt er die im Buch (leider nur in schwarz-weiß; wenigstens ein oder zwei Farbtafeln hätten das Buch optisch aufgewertet) abgebildeten Streuzettel und gibt erläuternde historische Anmerkungen.

Leider fehlen dem Buch nicht nur die Streuzettel, die Bezug auf die durch die Austrofaschisten ermordeten Schutzbündler nehmen, sondern man vermisst auch den nicht kleinen Bereich der so genannten „Solidaritätsmarken“, bei denen die Spendenmarken für den Kampf gegen die faschistische Reaktion in Spanien an erster Stelle zu nennen wären.

Einige kleine Ungenauigkeiten sollte man bei einer eventuellen Zweitaufgabe eliminieren. Das Symbol der „3-Pfeile“, das Anfang der 1930er Jahre in der SD-APÖ Einzug hielt, wurde von der deutschen *Eisernen Front* (der Wehrformation der SPD, die mit dem österreichischen Schutzbund vergleichbar ist) übernommen und standen symbolisch für den Kampf gegen Kapitalismus, Reaktion und Faschismus, nicht aber für die Ziele der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit).

Das auf einem Streuzettel der Sozialdemokratie dargestellte Politikerduo (Abb. 55) stellt nicht Dollfuß und Fey, sondern Dollfuß und Starhemberg (übrigens sehr treffend mit seinem Hut und der großen Nase) dar. An anderer Stelle spricht der Autor von der *Vaterländischen Front* (VF) „als einzige offizielle Partei“ (im Ständestaat). Die VF war nie eine Partei, denn gerade die Abschaffung der Parteien war ein Grund ihrer Installierung durch die Austrofaschisten. Der Autor hat zwar recht, wenn er den 1. August als einen der von der Arbeiterbewegung begangenen „Festtage“ bezeichnet, nur wurde dieser Tag nicht als „Weltfriedenstag“ sondern als „Antikriegstag“ begangen. In seiner Erläuterung zum Streuzettel mit dem Symbol der *Antifaschistischen Aktion* ist zu lesen: „Die Kommunisten gründeten in den Betrieben eine überparteiliche Antifaschistische Aktion.“ Die *Antifaschisti-*

Neuerscheinung

Willi Weinert:

„Ich möchte, dass sie Euch alle immer nahe bleiben...“

Biografien kommunistischer WiderstandskämpferInnen in Österreich

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2005, 96 S., zahlr. Abb., 5 Euro, ISBN 3-9501204-2-4

»Ich möchte, dass sie Euch alle immer nahe bleiben ...«

Biografien kommunistischer WiderstandskämpferInnen in Österreich

Franz AMBERGER
Analic BRUST
Ernst BURGER
Karl DREWS
Bruno DURBER
Johann EßNER
Herbert EICHHOLZER
Willi FRANK
Leo GÄBLER
Anna GRÄF
Alisi GRAUS
Oskar GROSSMANN
Elfriede HARTMANN
Friedrich HEDRICH
Silvester HEIDER
Rosa HOEMANN

Margarethe JOST
Walter KÄMPF
Alfred KLAHR
Hermann KÖHLER
Emil KÖNING
Leopoldine KOVARIK
Rudolf MASCHL
Friedrich MASTNY
Franz OPNER
Jakob ORAZE
Anni PTCZENIK
Erwin PUSCHMANN
Alfred RABOFSKY
Anton REISINGER
Heinrich SCHASCHL
Ludwig SCHMIDT

Egon SCHÖNHOF
Walter SCHÖPE
Franz SCHUSTER
Josef SCHWARZBÖCK
Franz SEBEK
Leopoldine SIEKA
Jura SOYFER
Josef STEURER
Ferdinand STRASSER
Georg STRECHA
Giuliy TEPLY
Josef TEUBL
Hedwig URACH
Georg WURM
Richard ZACH
Hermine ZAYNARD

2. verb. u. erw. Auflage

IM ANHANG:
LISTE VON PERSONEN, DIE IN ÖSTERREICH ODER IM AUSLAND IM
KOMMUNISTISCHEN WIDERSTAND ODER LEBEN & AMEN
ODER DIE OPFER DES FASCHISMUS WURDEN

Neben kurzen Anmerkungen zum Widerstandskampf der Kommunistischen Partei Österreichs wird in dieser Broschüre erstmals eine Opferliste ihres Widerstandskampfes vorgelegt, die mehr als 2000 Namen enthält, die in Österreich oder im Ausland im kommunistischen Widerstand ums Leben kamen oder die Opfer des Faschismus wurden.

Die Broschüre kann um 5.– Euro (plus 1,75.– Versandkosten) unter gruppe40@aon.at bestellt werden und ist auch bei der KPÖ Graz erhältlich.

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Hans Hautmann, Simon Loidl, Gerhard Oberkofler, Lisa Rettl, Willi Weinert

Layout: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ der Jahrgänge 1994–2005
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der AKG
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ
- Publikationen der AKG

sche Aktion war eine Bewegung in Deutschland Anfang der 1930er Jahre. Das aus zwei in einem Kreis befindlichen Fahnen bestehende Symbol wurde massenhaft auch als Abzeichen verbreitet und gelangte auch nach Österreich. Es war Symbol für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen den aufkommenden Hitlerfaschismus. Die Antifaschistische Aktion war aber zu keinem Zeitpunkt eine Organisation sondern sollte eine Bewegung der kämpfenden Einheitsfront sein. In Deutschland trat sie mit diesem Symbol gegen Ende Mai 1932 in Erscheinung.

Alles in Allem ein interessantes Buch, das dem Leser Einblick in einen Teil der illegalen Propaganda sowohl der Arbeiterbewegung als auch der österreichischen NSDAP gibt, die durch die finanzielle Unterstützung durch die NSDAP in Deutschland offensichtlich ein Vielfaches an Streuzettel produzieren und vertreiben konnte.

WILLI WEINERT